



Nr. 254 | 16.07.2021

Ukraine-Analysen

- Identität und Diversität
- Babyn Jar

■ VON DER REDAKTION	
Ha dachy – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Multiple Identitäten und Einstellungen gegenüber der ukrainischen Ethnopolitik: Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage Von Aadne Aasland (Oslo Metropolitan University)	3
■ ANALYSE	
Babyn Jar Massenmord am Stadtrand Von Bert Hoppe (Berlin)	8
■ LESEHINWEIS	
Inhaltsverzeichnis der Osteuropa 1-2 / 2021, »Babyn Jar. Der Ort, die Tat und die Erinnerung«	13
■ DOKUMENTATION	
Rede von Außenminister Heiko Maas im Deutschen Bundestag zur Debatte »80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion«, 09.06.2021	16
■ STATISTIK	
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine, Stand: 16. Juli 2021	17
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 10. Juni – 11. Juli 2021	24
■ CHRONIK	
11. Juni – 11. Juli 2021	26

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Ukraine-Analysen machen wie üblich eine Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Ukraine-Analysen 255 – erscheint im September 2021. Darin kommentieren mehrere Autorinnen und Autoren, welche Bedeutung das Ende der Sowjetunion vor 30 Jahren für die heutige Ukraine hat. Außerdem sind in der zweiten Jahreshälfte Analysen u. a. zur Militärreform, Digitalisierung, Agrarholdings und Corporate Governance geplant.

Die Entwicklung der Coronavirus-Pandemie in der Ukraine wird nach der Sommerpause weniger Raum einnehmen. Die regelmäßige Covid-19-Statistik erscheint in dieser Ausgabe zum letzten Mal und wird danach eingestellt. Die tagesaktuellen Covid-19 Zahlen für die Ukraine sind u. a. frei zugänglich unter: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>.

Auch wird es keine eigenständige Covid-19-Chronik mehr geben: Wichtige Meldungen zur Covid-19-Situation finden sich ab September in der »normalen« Chronik der Ukraine-Analysen. In der Online-Chronik (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik>) gibt es die Möglichkeit, anhand der Suchbegriffe »Corona« oder »Covid-19« alle Meldungen zum Thema zu filtern, so dass Sie sich für beliebige Zeiträume und alle von den Länder-Analysen erfassten Länder eigene Corona-Chroniken erstellen können.

Falls Sie auch während unserer Sommerpause aktuelle Analysen und Kommentare der Redaktion der Länder-Analysen sowie der herausgebenden Institutionen lesen wollen, finden Sie regelmäßig aktuelle Links beim (auch ohne Anmeldung) frei zugänglichen Twitter-Konto der Länder-Analysen: <https://twitter.com/laenderanalysen>.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer – und bleiben Sie gesund!

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Dr. Eduard Klein, Dr. Fabian Burkhardt, Matthias Neumann

ANALYSE

Multiple Identitäten und Einstellungen gegenüber der ukrainischen Ethnopolitik: Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage

Von Aadne Aasland (Oslo Metropolitan University)

DOI: 10.31205/UA.254.01

Zusammenfassung

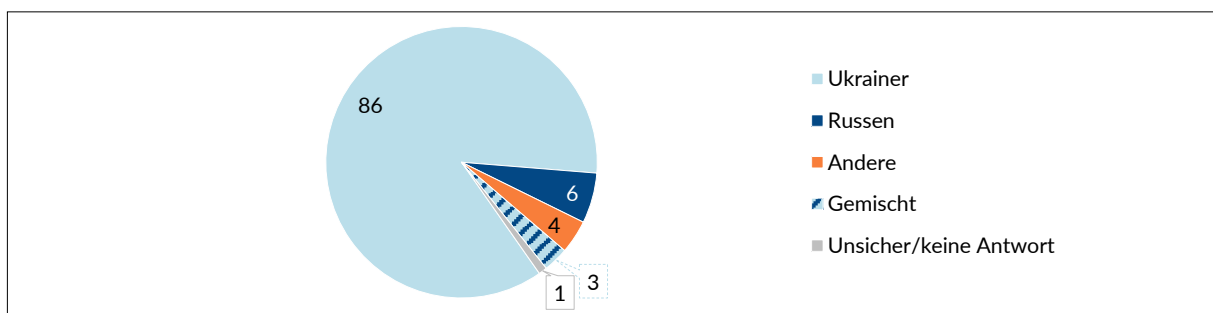
Eine kürzlich durchgeführte landesweite Erhebung gibt Aufschluss darüber, wie multiple Identitäten in der Ukraine gegenwärtig miteinander interagieren, und zeigt, dass Menschen unterschiedlicher Ethnien und Bewohner unterschiedlicher Regionen von starker Verbundenheit sowohl mit ihren lokalen Kommunen als auch mit dem ukrainischen Staat berichten. Die Beziehungen zwischen den Ethnien werden als gut wahrgenommen, auf lokaler Ebene noch besser als auf nationaler. Die Umfrage zeigt außerdem, dass die ukrainische Bevölkerung die Politik der Ukraine in Bezug auf ihre ethnischen Minderheiten sehr unterschiedlich bewertet. Spannungen zwischen sozioökonomischen Gruppen verursachen mehr lokale Uneinigkeit als Spannungen zwischen Menschen verschiedener Ethnien oder sprachlicher Hintergründe.

Die Ukraine ist bekannt für ihre ethnische, sprachliche, religiöse, regionale und sozioökonomische Diversität und für ihre multiplen und sich überlappenden Identitäten. Diese Brüche und Identitäten werden mitunter politisiert, Beispiele dafür sind der Donbas-Konflikt, Änderungen der Sprachengesetzgebung, Dekommunisierungsgesetze und Erinnerungspolitik. Wie interagieren diese multiplen Identitäten in der Ukraine miteinander? Wie schätzen die Ukrainer die ethnokulturellen Beziehungen und die Fähigkeit der aktuellen Regierung ein, der breiten ethnokulturellen Diversität des Landes Rechnung zu tragen? Eine soziologische Umfrage des ukrainisch-norwegischen ARDU-Projekts (Accommodation of Regional Diversity in Ukraine) hat diese Fragen im Dezember 2020 beleuchtet. Die Umfrage wurde von der Meinungsforschungsagentur Operatyna Sociologia in Dnipro realisiert, die insgesamt 2.103 Telefoninterviews mit repräsentativ per Stichprobe ausgewählten ukrainischen Staatsbürgern aus allen Landesteilen geführt hat.

Starke und multiple Identitäten

In der Umfrage identifizieren sich 86 Prozent als ethnische Ukrainer, sechs Prozent als ethnische Russen, vier Prozent als einer anderen Ethnie angehörend, drei Prozent gaben an, eine gemischte ethnische Identität zu haben; das restliche eine Prozent war entweder unsicher oder beantwortete die Frage nicht (Grafik 1).

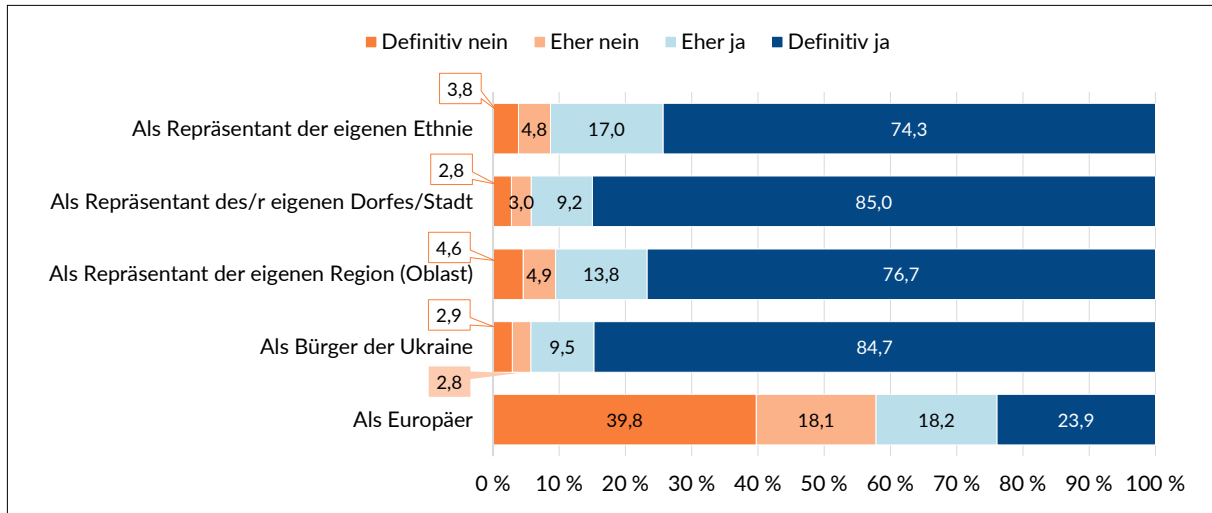
Grafik 1: Ethnische Selbstidentifikation (in %)



Die Umfrage enthielt einen Fragenkatalog, bei dem die Interviewten unter anderem angeben sollten, in welchem Maß sie sich wie mit unterschiedlichen Zuschreibungen identifizieren – vom Angehörigen der eigenen Ethnie bis zum Europäer (Grafik 2).

Mit Ausnahme der Frage, wie sehr sie sich als Europäer fühlen, identifizieren sich die Ukrainer ziemlich stark mit den anderen abgefragten Punkten, vor allem mit ihren lokalen Kommunen (Ort, Stadt oder Großstadt) und ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft. Auch ethnische und regionale Identitäten erhalten sehr hohe Werte. Außerdem gibt es eine starke Korrelation zwischen verschiedenen Typen von Identität – für diejenigen, die eine starke Identifizierung mit einem Punkt angeben, besteht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, dass sie sich auch mit anderen Punkten identifizieren. Multiple Identitäten sind also weit verbreitet und scheinen sich zu verstärken. Die schwächsten Korrelationen finden sich zwischen dem Gefühl, Europäer zu sein, und den anderen Bindungen.

Grafik 2: Identifikation mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen; antworten auf die Frage: Fühlen Sie sich als ...? (in %, n=2.065)*.



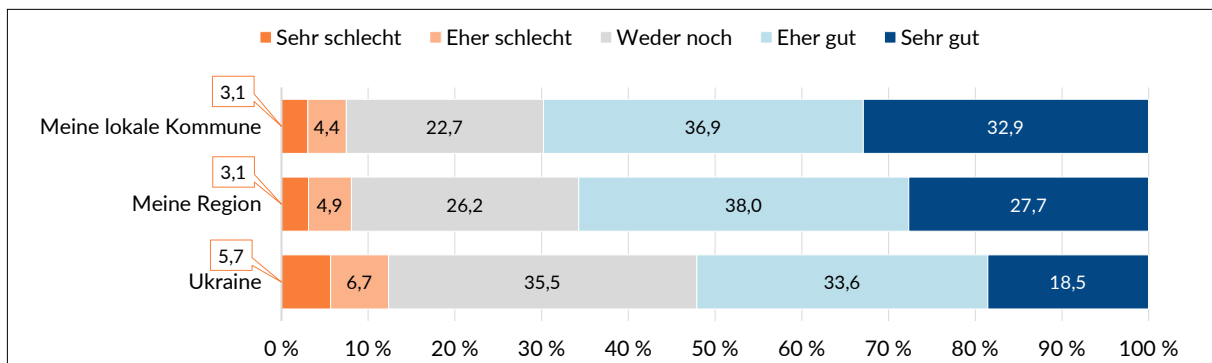
* Die Antworten »Weiß nicht« und »Keine Antwort« (zwischen 3 und 7 Prozent für die verschiedenen Punkte) wurden nicht berücksichtigt.

Die starke Korrelation zwischen den meisten abgefragten Punkten zeigt, dass die Berechnung eines zusätzlichen Index sinnvoll ist, den wir Zugehörigkeitsindex genannt haben und der von 0 (keine Zugehörigkeit) bis 3 (starke Zugehörigkeit zu allen abgefragten Identitäten) reicht. Die europäische Identität wurde in diesen Index nicht mit einbezogen. Unsere Untersuchung zeigt, dass ethnische Ukrainer (Indexwert 2,7) und Ukrainer mit gemischter ethnischer Identität (Indexwert 2,6) einen höheren Indexwert erreichen als ethnische Russen (2,4) und Menschen mit anderen ethnischen Identitäten (2,3). Regionale Unterschiede sind gering, die Menschen im Westen geben jedoch einen etwas stärkeren Zugehörigkeitssinn (2,8) an als die Menschen im Osten, im Zentrum (je 2,7) und auch im Süden (2,6) des Landes. Laut unseren Umfragedaten gehen höheres Alter und wirtschaftliches Wohlergehen mit einem stärkeren Zugehörigkeitsgefühl einher, während Geschlecht und Bildungsstand der Befragten keinen statistisch signifikanten Unterschied machen. Wichtigstes Ergebnis ist jedoch, dass die Ukrainer im Durchschnitt starke regionale und ethnische Identitäten aufweisen, wobei dies im ganzen Land und auch bei Menschen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen der Fall ist.

Interethnische Beziehungen: auf lokaler Ebene besser als in der Gesamtukraine

Unsere Umfragedaten zeigen einige Unterschiede bei der Wahrnehmung der interethnischen Beziehungen durch die Befragten in Bezug auf ihre lokale Kommune (Ort, Stadt oder Großstadt), ihre Region und die landesweite Ebene, wie Grafik 3 zeigt. Unabhängig vom abgefragten Punkt sehen nur wenige Befragte die Beziehungen als sehr oder eher schlecht an. Außerdem nehmen die Befragten die interethnischen Beziehungen in ihren lokalen Kommunen tendenziell als etwas besser wahr als landesweit betrachtet, die regionale Ebene nimmt eine Mittelstellung ein.

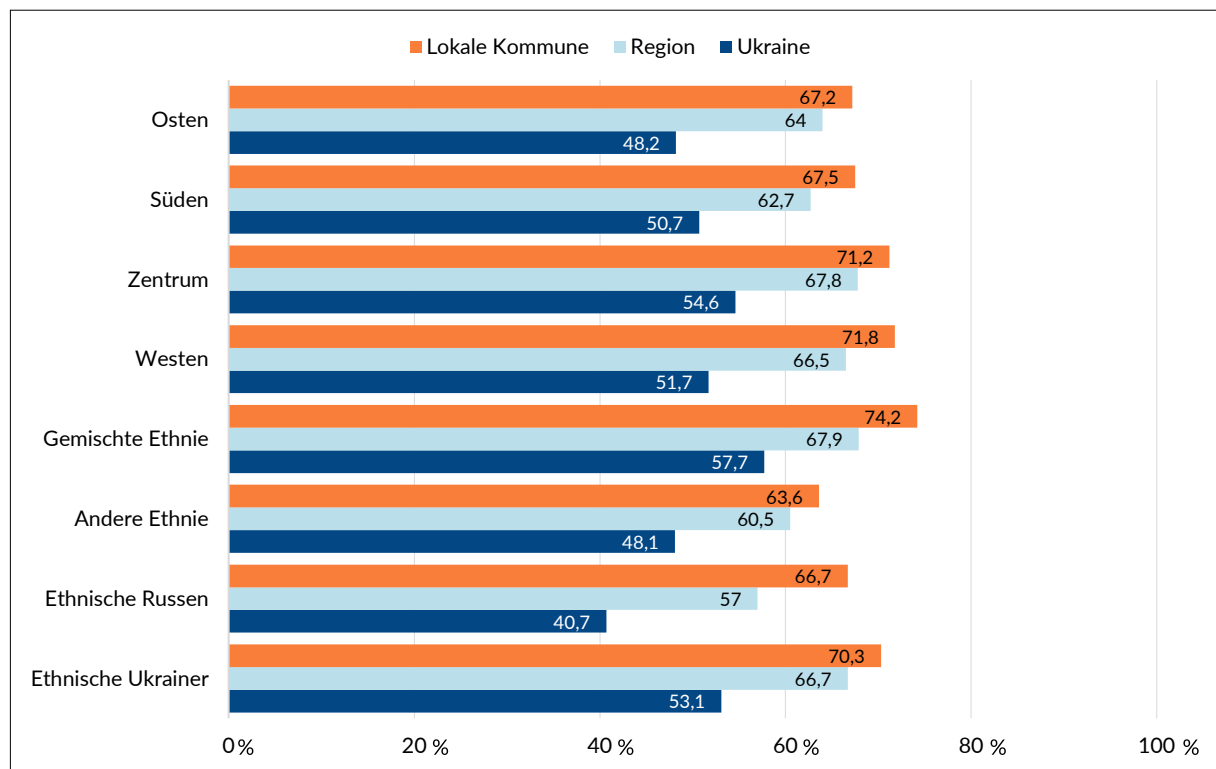
Grafik 3: Wahrnehmung der interethnischen Beziehungen (in %, n=1.993)*.



* Die Antworten »Schwer zu sagen« und »Keine Antwort« (zwischen 5 und 8 Prozent für die verschiedenen Punkte) wurden nicht berücksichtigt.

Grafik 4 enthält mehr Details. Sie zeigt Antworten von Menschen verschiedener Ethnien und aus verschiedenen Landesteilen. Die allgemeinen Muster sind für alle Gruppen gleich: Die interethnischen Beziehungen werden für die Ebene der lokalen Kommune am besten bewertet, gefolgt von den regionalen Ebenen und der nationalen Ebene. Außerdem zeigt die Abbildung, dass ethnische Ukrainer und vor allem Ukrainer, die gemischte Identitäten für sich angeben, die interethnischen Beziehungen positiver bewerten, als ethnische Russen und Angehörige anderer ethnischer Gruppen dies tun. In Bezug auf regionale Unterschiede schätzen die Befragten in den westlichen und zentralen Landesteilen die interethnischen Beziehungen am positivsten ein, wobei die Unterschiede sehr moderat und kleiner als zwischen den ethnischen Gruppen sind.

Grafik 4: Bewertung der interethnischen Beziehungen, aufgeschlüsselt nach Region und Ethnie. Prozent derjenigen, die die interethnischen Beziehungen als gut oder sehr gut bezeichnen (N=1.953).



Interethnische Beziehungen: nicht der Hauptgrund für Uneinigkeit auf lokaler Ebene

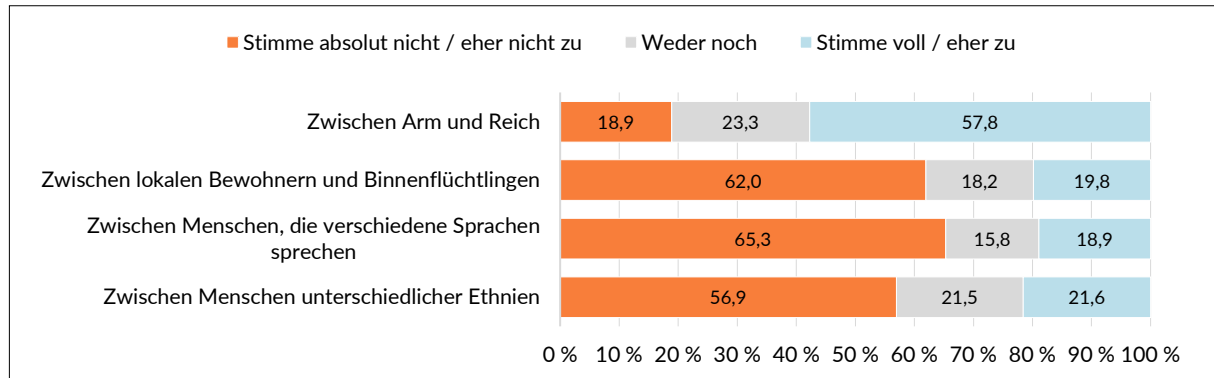
Obwohl die Mehrheit der Ukrainer die interethnischen Beziehungen in ihrer lokalen Kommune als ziemlich oder sehr gut wahrnimmt, macht es Sinn zu untersuchen, in welchem Maß Uneinigkeit zwischen Menschen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen Anlass zu ernsthafter Sorge bietet, oder ob andere Arten von Uneinigkeit auf der Alltagsagenda der Ukrainer weiter oben rangieren.

Grafik 5 illustriert, wie interethnisch begründete Uneinigkeiten im Vergleich mit anderen möglichen Quellen lokaler Konflikte wahrgenommen werden. Die Interviewten wurden gefragt, wie sehr sie der Aussage zustimmen, dass es Uneinigkeit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in ihrer Gemeinde gibt. Dabei wird deutlich, dass Uneinigkeiten zwischen Reich und Arm als viel vordringlicher wahrgenommen werden als Uneinigkeiten zwischen Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, sprachlichen und Migrationshintergründen. Die weitere Analyse zeigt, dass Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen und Bewohner verschiedener Landesteile die Beziehungen zwischen Gruppen in ihren Gemeinden nur wenig und statistisch nicht signifikant unterschiedlich bewerten.

Gemischte Bewertungen der ukrainischen Ethnizitätspolitik

Unsere Umfrage zeigt große Unterschiede in der Bewertung der ukrainischen Politik in Bezug auf ihre ethnischen Minderheiten. Dies zeigen die Antworten auf zwei Punkte der Befragung. Erst wurden die Interviewten gefragt, ob die Rechte der ethnischen Minderheiten in der Ukraine gut geschützt wären; darauf folgte die Frage, ob die derzeitige staatliche Politik ein Anwachsen der interethnischen Spannungen bewirken könne. Grafik 6 zeigt die Ergebnisse

Grafik 5: Zustimmung zu Aussagen darüber, ob es Uneinigkeiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Gemeinde gibt. (in %, N=1.953).*

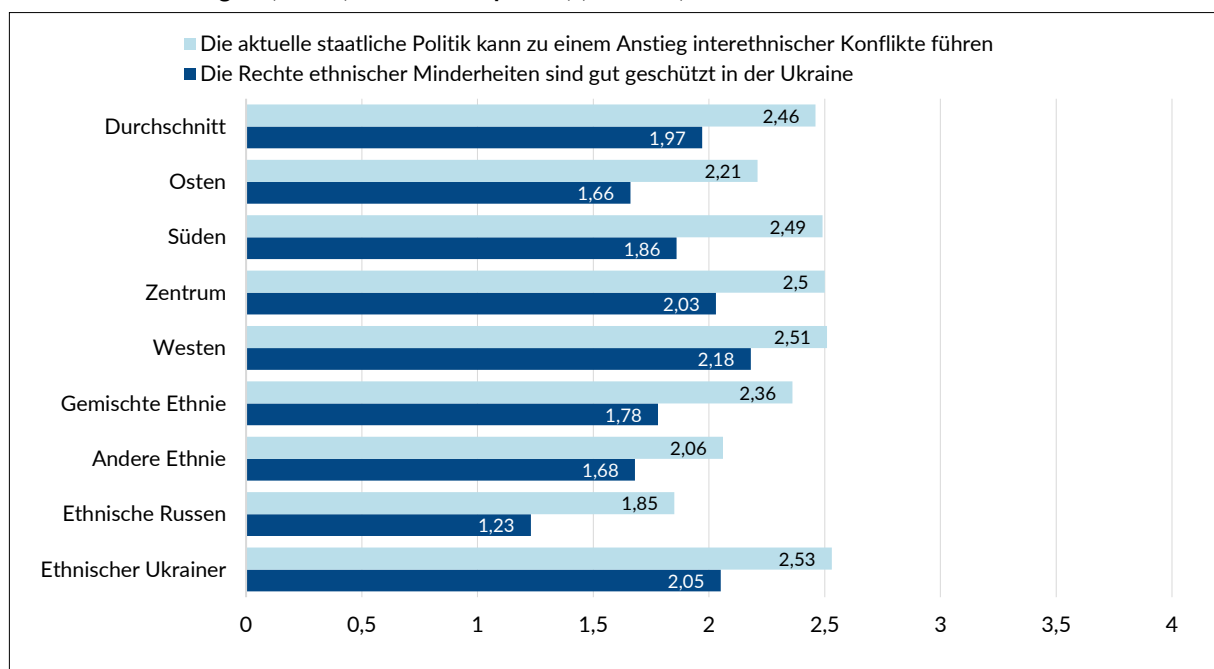


* Die Antworten »Schwer zu sagen« und »Keine Antwort« (zwischen 7 und 13 Prozent für die verschiedenen Punkte) wurden nicht berücksichtigt.

dieser beiden Fragen auf einer Skala von 0 (am stärksten negativ: volle Ablehnung von Punkt 1, volle Zustimmung zu Punkt 2) bis 4 (am stärksten positiv: volle Zustimmung zu Punkt 1, volle Ablehnung von Punkt 2) für verschiedene Kategorien von Befragten.

Die Mehrheit der Befragten bewertet den Schutz der Minderheitenrechte in der Ukraine nicht besonders positiv, die durchschnittliche Bewertung liegt knapp unter der Mitte der Skala. Die Frage, ob die momentane staatliche Politik ein Anwachsen der interethnischen Spannungen bewirken könne, wird jedoch durchschnittlich mit einem leichten Ausschlag zur positiven Seite der Skala beantwortet. Beide Punkte der Umfrage zur gegenwärtigen staatlichen Politik bezüglich ethnischer Minderheiten sieht die Gruppe der ethnischen Russen skeptischer als andere ethnische Gruppen, wobei die Aussagen der ethnischen Ukrainer am entgegengesetzten Ende der Skala angesiedelt sind. Weite Teile der ethnischen Ukrainer bewerten die Punkte jedoch auch eher negativ. In Bezug auf regionale Unterschiede zwischen den Befragten hat sich gezeigt, dass die Befragten im westlichen Landesteil die ukrainische Ethnizitätspolitik am ehesten positiv bewerten.

Grafik 6: Bewertung der ukrainischen Ethnizitätspolitik. Durchschnittswerte auf einer Skala von 0 (am stärksten negativ) bis 4 (am stärksten positiv) (N=1.913).*



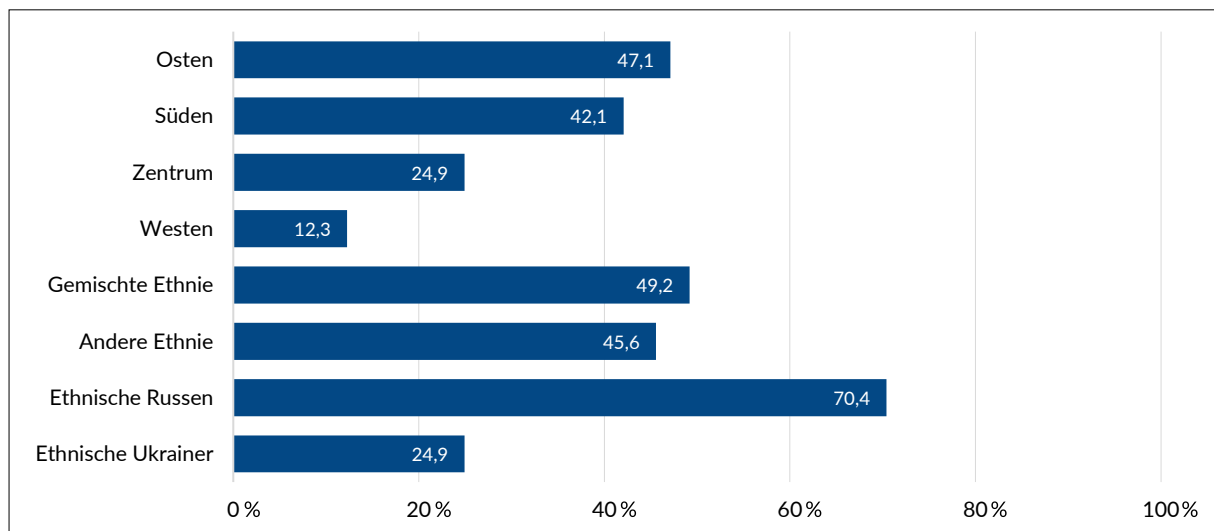
* Die Antworten »Schwer zu sagen« und »Keine Antwort« (zwischen 9 und 13 Prozent bei den verschiedenen Punkten) wurden nicht berücksichtigt.

Da ein großer Teil derer, die sich als ethnische Ukrainer identifizieren, in ihrer Alltagskommunikation auch Russisch sprechen, ist Sprachenpolitik ein nicht ausschließlich ethnopolitisches Thema. Dennoch würde man erwarten, dass

ethnische Russen eher geneigt sind, eine Politik zu unterstützen, die auch dem Russischen einen offiziellen Status verleiht. Die Frage, ob Ukrainisch die einzige Staatssprache sein sollte, zeigt große Diskrepanzen zwischen den Sichtweisen auf dieses umstrittene Thema der ukrainischen Politik: Eine Mehrheit von 58 Prozent stimmt der Aussage komplett zu, während mehr als ein Viertel der Befragten sie entweder komplett (20 Prozent) oder teilweise (7 Prozent) ablehnt.

Grafik 7 zeigt, wer Ukrainisch als einzige Staatssprache am ehesten ablehnt. An diesem Punkt zeigt sich eine tiefe ethnische Trennlinie. Mehr als zwei Drittel der ethnischen Russen lehnen die Aussage ab, wobei sie aus dem Kreis derer mit nichtukrainischen oder gemischten ethnischen Identitäten erhebliche Unterstützung erhalten. Bezüglich der regionalen Verteilung zeigt die Grafik erwartungsgemäß, dass die Ablehnung der Aussage in den östlichen und südlichen Landesteilen am stärksten verbreitet ist. Die weitere Analyse zeigt, dass die Mehrheit der ethnischen Ukrainer, die in ihrer Alltagskommunikation nicht hauptsächlich Ukrainisch sprechen, dennoch das Ukrainische als einzige Staatssprache unterstützen (53 Prozent unterstützen die Aussage entweder komplett oder teilweise; von den ethnischen Ukrainern, die Ukrainisch als ihre Hauptsprache angeben, tun dies 74 Prozent).

Grafik 7: Einstellungen zur Sprachenpolitik. Prozent derjenigen, die der Aussage, dass Ukrainisch die einzige Staatssprache des Landes sein sollte, eher nicht oder gar nicht zustimmen (in %, N=2.045).*



Zusammenfassung

Drei Ergebnisse unserer Befragung seien wegen ihrer Bedeutung für die ukrainische Ethnopolitik hervorgehoben. Das erste ist, dass alle Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrer Ethnie und der geographischen Lage ihres Wohnorts in der Ukraine – eine starke Identifikation mit ihrem Wohnort äußern, von der lokalen Kommune bis zur Ebene der Gesamtukraine. Zudem wurde deutlich, dass sich diese multiplen Identifikationen gegenseitig verstärken, so dass in der Regel nicht eine Identität auf Kosten einer anderen gewählt wird. Das zweite Ergebnis ist, dass die Ukrainer die interethnischen Beziehungen in ihren eigenen Kommunen ziemlich positiv bewerten; sie werden als besser wahrgenommen als die entsprechenden Beziehungen auf nationaler Ebene. Interethnische Spannungen, vor allem in Alltagsbegegnungen, sind also keine große Sorge für die Mehrheit der in der Ukraine lebenden Menschen. Drittens herrscht die Einschätzung vor, dass andere Spannungen zwischen Gruppen – vor allem zwischen Reich und Arm – mehr lokale Uneinigkeiten verursachen als Spannungen zwischen Menschen mit verschiedenen ethnischen oder sprachlichen Hintergründen.

Welche Schlussfolgerungen können aus diesen Ergebnissen für die ukrainische Ethnopolitik gezogen werden? Die starken räumlichen Bindungen von der lokalen bis zur nationalen Ebene zeigen, dass ethnische Identitäten nicht der wichtigste Identifizierungspunkt für die Menschen in der Ukraine sind. Dies sollte politische Lösungen über ethno-kulturelle Grenzen hinweg ermöglichen. Reformen, die Einigkeit auf lokaler Ebene befördern, etwa erfolgreich umgesetzte Dezentralisierungsreformen, könnten also dazu beitragen, die nationale Einheit der Ukraine insgesamt zu stärken. Die Umfrage zeigt allerdings auch, dass bestimmte politische Themen – etwa die Sprachenpolitik – das Potenzial haben, Spannungen zwischen Gruppen zu schüren.

Zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Ukraine über interethnische und regionale Grenzen hinweg scheinen politische Maßnahmen, die auf eine Lösung der sozioökonomischen Herausforderungen abzielen, wichtiger zu sein als Maßnahmen, die interethnische Themen adressieren. Hier ergänzt unsere Umfrage die Ergebnisse ande-

rer Studien, indem sie zeigt, dass neben dem militärischen Konflikt im Donbas Themen wie politische Korruption, Arbeitslosigkeit und Inflation für die Bewohner der Ukraine viel wichtiger sind als ethnopolitische Themen.

Die aufgezeigten regionalen und ethnischen Trennlinien, die in Wahlverhalten und geopolitischer Orientierung in der Ukraine deutlich werden, sind wohlbekannt. Die Bindung jedoch, die die überwiegende Mehrheit der Ukrainer unabhängig von ihrer Ethnie und der geographischen Lage ihres Wohnorts zu ihrer lokalen Kommune und dem ukrainischen Staat zum Ausdruck bringt, ist eine große Ressource, mit der die politische Führung der Ukraine sorgsam umgehen sollte. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass es hier noch Verbesserungspotenzial gibt.

Das ARDU-Projekt wird vom Norwegischen Forschungsrat finanziert. Detaillierte Informationen und aus dem Projekt hervorgegangene Publikationen finden sich auf der Projekt-Website: <https://uni.oslomet.no/ardu/>.

*Außerdem erscheint demnächst zum Thema: Aadne Aasland und Sabine Kropp (Hrsg.), *Accommodation of Regional and Ethno-cultural Diversity in Ukraine*, Palgrave Macmillan, 2021.*

Details zur Methode der Erhebung finden sich hier: Vladislav Baliichuk (2020): »Die Methode der ARDU-Befragung« (auf Russisch), <https://uni.oslomet.no/ardu/publications/>.

Über den Autor

Aadne Aasland ist Senior Researcher beim Norwegian Institute for Urban and Regional Research an der OsloMet – Oslo Metropolitan University und leitete das ARDU-Projekt »The Accommodation of Regional Diversity in Ukraine« (2018–2021).

ANALYSE

Babyn Jar Massenmord am Stadtrand

Von Bert Hoppe (Berlin)

DOI: 10.31205/UA.254.02

Der Text ist eine gekürzte Version eines längeren Artikels der zuerst erschienen ist in Osteuropa 1-2/2021 zum Thema »Babyn Jar. Der Ort, die Tat und die Erinnerung« (siehe »Lesehinweis« auf der nächsten Seite).

Der gesamte Volltext ist frei zugänglich unter <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/34496/oe210101.pdf>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt der Zeitschrift Osteuropa, dem Autor und der Bundeszentrale für politische Bildung für die freundliche Genehmigung zur Zweitnutzung.

Zusammenfassung

Als die Deutschen im September 1941 Kiew einnahmen, hatten sie den antisemitischen Terror bereits zu einem Genozid an den Juden ausgeweitet. In der ukrainischen Hauptstadt gingen die Angehörigen der Kommandos von SS und Polizei beim Massenmord daher mit einer grauenhaften Routine vor, wie üblich in enger Absprache mit und unterstützt von der Wehrmacht. Unmittelbar neben der Exekutionsstätte errichteten die Besatzer einige Monate später ein Konzentrationslager; dessen Insassen wurden vor dem Abzug der Deutschen gezwungen, die Leichen der dort im Herbst 1941 und in den folgenden zwei Jahren Ermordeten zu verbrennen, um die Spuren dieser Verbrechen zu verwischen.

Die meisten Menschen in Mitteleuropa verbinden den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden bis heute in erster Linie mit den Todeslagern im besetzten Polen, die von den Deutschen bewusst abseits der großen Zentren angelegt wurden. Das größte

Einzelmassaker des Zweiten Weltkriegs auf europäischem Boden aber haben deutsche Polizisten, SS-Männer, Wehrmachtsangehörige und einheimische Milizionäre jedoch unmittelbar am Rande einer Großstadt verübt – in einem Außenbezirk von Kiew. Das Gelände

von Babyn Jar, übersetzt »Altweiberschucht«, liegt nur vier Kilometer Luftlinie westlich des Hauptbahnhofs der ukrainischen Hauptstadt. Hier erschossen sie im September 1941 binnen zweier Tage mehr als 33.000 Juden und ermordeten in den folgenden zwei Jahren Tausende weitere Menschen.

In Richtung Stadtzentrum grenzt Babyn Jar bis heute an einen umfangreichen Komplex von insgesamt sechs Friedhöfen, jenseits der Schlucht befand sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts ein ausgedehnter Sommerübungsplatz des Militärs, südlich davon erstreckte sich ein Industriegebiet mit einer heterogenen Bebauung aus Fabrikhallen und Holzbaracken sowie einem Güterbahnhof. Babyn Jar selbst bot sich Anfang der 1940er Jahre als weitgehend kahles, sandiges Gelände dar, in das sich im Laufe der Jahrhunderte eine bis zu zehn Meter tiefe Erosionsrinne eingegraben hatte, von der zahlreiche kleinere Seitentäler mit steilen Hängen abgingen, die teilweise als Müllkippe genutzt wurden. Es war dieses Bodenrelief, das die Organisatoren des Massakers an den Juden Kiews dazu bewog, die Erschießungen so nahe am Stadtzentrum und nicht weiter außerhalb durchzuführen – für die große Anzahl an Opfern hätten so rasch keine Massengräber ausgehoben werden können.

Die Einnahme Kiews durch die Wehrmacht und die ersten Erschießungen

Kiew, seit 1934 Hauptstadt der Ukrainischen Sowjetrepublik, gehörte vor dem deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 zu den wichtigsten Zentren jüdischen Lebens in der Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt hatte Kiew etwa 930.000 Einwohner und war eine ausgeprägt multiethnische Stadt. Ukrainer bildeten eine relative Mehrheit, die größten Minderheiten stellten Russen und Juden mit jeweils etwa einem Viertel der Bevölkerung. Ein großer Teil der Einwohner war geflüchtet oder evakuiert worden, als die Wehrmacht im August 1941 auf Kiew vorrückte, darunter etwa zwei Drittel der jüdischen Einwohner. Die jungen jüdischen Männer waren zum Wehrdienst eingezogen worden. Bei den Juden, die zurückblieben, handelte es sich größtenteils um Frauen, Kinder und alte Leute.

Das Vorgehen der deutschen Besatzer gegenüber der Bevölkerung von Kiew erfolgte nach dem seit Beginn des Deutsch-Sowjetischen Krieges eingespielten Muster zur »Säuberung« besetzter Städte: Zunächst sollten alle Rotarmisten ermittelt werden, die sich der Gefangennahme entzogen hatten, besonderes Augenmerk war dabei auf Personen zu legen, die »asiatische Merkmale« aufwiesen und nach der nationalsozialistischen Rassenideologie schon äußerlich dem Typus des »Untermenschen« entsprachen. Zwei Tage nach der Besetzung Kiews verfügte der Befehlshaber der 6. Armee, Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, sämtliche wehr-

fähigen Männer in ein Untersuchungslager zu bringen; dort sollten Abwehroffiziere der Wehrmacht sie verhören. Die dabei ermittelten Soldaten, »Partisanen« und Juden sollten in das Durchgangslager 201 abgeschoben werden, das die Heeresgruppe Süd in den jeweils frontnahen Städten einrichtete. Die »jüdische Intelligenz« stand neben Politkommissaren der Roten Armee und kommunistischen Funktionären seit Beginn des Feldzugs im Fokus der Verfolgung; je länger der Krieg andauerte, desto weiter fassten die Deutschen die Gruppe ihrer jüdischen Opfer. So nun auch in Kiew: Ab dem 22. September ergingen mehrere Befehle an die Streifen der Wehrmacht, speziell alle männlichen Juden festzunehmen. Die 99. Leichte Division verhaftete darüber hinaus »verdächtige« jüdische Frauen und überstellte sie an die deutsche Sicherheitspolizei (Sipo). Bereits am Tage des Einmarsches in Kiew hatte die Führung der 75. Infanteriedivision darüber hinaus festgelegt, für Aufräumarbeiten und Minenräumungen Juden heranzuziehen.

Auf diese Weise waren Wehrmachtsangehörige bereits von Anfang an in die Verfolgung der Kiewer Juden eingebunden. Deren Ermordung sollten jedoch die Beamten der Einsatzgruppen der Sipo und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers SS übernehmen. Gemeinsam mit den Verbänden der 6. Armee war am 19. September 1941 ein 50 Mann starkes Vorauskommando des Sonderkommandos (Sk) 4a in Kiew eingerückt, das von den SS-Obersturmführern August Häfner und Adolf Jansen befehligt wurde, zwei Tage später traf der Chef des Sk 4a, SS-Standartenführer Paul Blobel, in der ukrainischen Hauptstadt ein, am 25. September folgte der Rest des Kommandos. Es umfasste insgesamt rund 120 Mann – zumeist frühere Gestapo- und Kripobeamte. Gemeinsam mit ihnen traf an diesem Tag auch der Stab der Einsatzgruppe C unter SS-Brigadeführer Dr. Dr. Otto Rasch ein, zu der das Sk 4a gehörte, sowie der Stab des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Russland-Süd, Friedrich Jeckeln, und das ihm unterstellte Polizeiregiment Süd mit den Polizeibataillonen 45, 303 und 314. In ihrem Gefolge bewegten sich zwei Einheiten ukrainischer Milizen. Insgesamt waren in Kiew nun rund 2000 Polizisten, SS-Männer und Milizionäre eingetroffen.

Bereits das Vorkommando des Sk 4a hatte sich an der Fahndung nach Juden beteiligt. Nachdem die Wehrmacht Kiew am 20. September für die Sipo freigegeben hatte und alle Angehörigen des Sk 4a eingetroffen waren, durchsuchten sieben Verhörgruppen die Stadt und die beiden von der Wehrmacht eingerichteten Lager. Sie befanden sich in der Kerosinna-Straße (heute Žoludenska-Straße) nordwestlich vom Hauptbahnhof. Nördlich eines großen Lagers für rund 8000 Kriegsgefangene auf dem Gelände einer Kaserne befand sich im Zenit-Fußballstadion ein weiteres Lager für ausgeson-

derte Politikommissare der Roten Armee sowie Zivilisten. Hier hielten die Deutschen auch die etwa 1600 Kiewer Juden fest, die vom Sk 4a bis zum 28. September verhaftet wurden.

Spätestens am 27. September – zwei Tage vor dem großen Massaker – begannen die deutschen Besatzer in Babyn Jar mit Erschießungen: An diesem Tag wurden die Polizeibataillone 45 und 303 erstmals für eine »Säuberungsaktion« und für »Absperrdienste« eingesetzt. Die genaue Zahl der Opfer dieser ersten beiden Massaker lässt sich nicht mehr feststellen. Die Gruppen wurden in verschiedenen Seitentälern auf dem Gelände von Babyn Jar erschossen. Zeugen und Überlebende des Zenit-Lagers sprechen übereinstimmend davon, dass allein für den Abtransport der jüdischen Gefangenen ein Dutzend Lastwagen eingesetzt wurden, die mehrmals hin- und herfuhrten und auf den Rücktouren jeweils nur noch mit Oberbekleidung beladen waren. Möglicherweise wurden also bereits in diesen Tagen alle bis dahin verhafteten 1600 Juden ermordet. Über die Zahl der damals erschossenen Rotarmisten gibt es keinerlei Angaben; sie gingen zu Fuß in den Tod. 1943 ließen die Deutschen die sterblichen Überreste der von ihnen ermordeten Kriegsgefangenen durch KZ-Häftlinge exhumieren und verbrennen, als sie Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen suchten. Überlebende Häftlinge und deutsche Bewacher schätzten die Zahl der anhand von Uniformresten als Rotarmisten identifizierbaren Leichen später auf bis zu 20.000. Zu den ersten Opfern der deutschen Besatzer gehörten in Kiew zudem Sinti und Roma: Bereits am 23. September wurden einige Dutzend von ihnen in Babyn Jar erschossen.

Die Beschlussfassung zum großen Massaker und Vorbereitungen

Am 20. September – dem Tag nach dem Rückzug der Roten Armee aus Kiew – explodierte in der Zitadelle südöstlich des Stadtzentrums eine erste, vom sowjetischen Geheimdienst gelegte Zeitzündermine. In den Tagen ab dem 24. September erfolgten dann weitere derartige Bombenanschläge auf Gebäude entlang des zentralen Chreščatyk-Boulevards, in denen deutsche Besatzungsstellen untergebracht waren. Auch der Sitz des Oberkommandos der 6. Armee (AOK 6) wurde getroffen. Bei den Explosionen und Bränden kamen neben vielen Einheimischen auch zahlreiche deutsche Soldaten ums Leben. Noch während der Löscharbeiten fand am 26. September im Dienstsitz des Stadtkommandanten von Kiew, Generalmajor Kurt Eberhard, eine Besprechung statt, um »Vergeltungsmaßnahmen« zu beschließen. Neben Eberhard nahmen an diesem Treffen unter anderem Jeckeln, Blobel, ein Vertreter der Einsatzgruppe C und der Abwehroffizier des 29. Armeekorps, Major Gerhard Schirner, teil. Die Anwe-

senden beschlossen, einen Großteil der Kiewer Juden zu ermorden – und zwar mindestens 50.000 der auf bis zu 150.000 Personen geschätzten Gemeinde.

In den zeitgenössischen deutschen Dokumenten wurde das Massaker durchweg als militärische Reaktion auf die Bombenanschläge dargestellt. Doch handelte es sich dabei um einen Vorwand, um den ohnehin geplanten Massenmord zu legitimieren: Auffällig war schon allein, dass nur Juden erschossen werden sollten. Zwischen Blobel und von Reichenau bestand hinsichtlich des Judenmords große Einigkeit. Schon einen Monat vorher hatte von Reichenau persönlich die Tötung von 90 jüdischen Kindern in der südlich von Kiew gelegenen Stadt Bila Cerkva angeordnet, deren Eltern die Männer des Sk 4a zuvor erschossen hatten.

Die Erschießung Zehntausender Menschen musste allerdings genau geplant und gründlich vorbereitet sein. Die entsprechenden Absprachen wurden am 27. September bei einem weiteren Treffen über »Abwehrangelegenheiten« getroffen, an dem verschiedene Abwehr- und Pionieroffiziere der Wehrmacht sowie Vertreter der Sipo und der deutschen Zivilverwaltung teilnahmen. Die eigentlichen Erschießungen sollten hauptsächlich die Männer des Sk 4a unter Blobel übernehmen, dem Teile der 3. Kompanie des Waffen-SS-Bataillons zur besonderen Verwendung und des 3. Zuges der 3. Kompanie des Polizeireservebataillons 9 zugeteilt waren. Blobel konnte in Kiew auch auf mehrere Angehörige des Stabs der Einsatzgruppe C zurückgreifen, zudem stellte ihm Jeckeln die Polizeibataillone 45, 303 und 314 zur Verfügung. Zur Absperrung des Exekutionsgeländes wurden schließlich Wehrmachtseinheiten eingesetzt, darunter ein Musikkorps, und ukrainische Milizionäre.

Um die Opfer zum Ort der Exekution zu bringen, griffen die Deutschen zu einer schon mehrmals angewandten List: Am 28. September wurde die jüdische Bevölkerung mit einem dreisprachigen Plakatanschlag dazu aufgerufen, sich am folgenden Morgen um acht Uhr an einer Straßengabelung bei den Friedhöfen am westlichen Kiewer Stadtrand einzufinden. Den Text, der nicht unterzeichnet war, hatte das Sk 4a so formuliert, dass die Betroffenen glauben sollten, sie würden umgesiedelt. So waren die Menschen aufgefordert, warme Kleidung, Ausweise und Wertsachen mitzubringen; in der Nähe des Sammelpunktes lag ein Güterbahnhof. Stolz vermeldete die Sipo nach Abschluss des Massakers, die Juden hätten infolge der guten Organisation bis unmittelbar vor der Exekution noch an ihre Umsiedlung geglaubt. Das traf möglicherweise auf jene zu, die sich tatsächlich an dem angegebenen Sammelpunkt einfanden. Allerdings nahmen sich in diesen Tagen in Kiew so viele Juden das Leben, dass ein Mangel an Särgen entstand. Zahlreiche andere Personen versteckten sich oder schlüpfen bei Bekannten unter.

Das Massaker vom 29. und 30. September 1941

Am Morgen des 29. September klopfte bei der Lehrerin L. Nartova aufgeregt ein Nachbar an der Tür. Sie solle sich ansehen, was sich auf der Straße tut.

»Ich renne auf den Balkon hinaus und sehe Menschen, die in einer schier endlosen Kolonne vorüberziehen; sie füllen die ganze Straße und die Bürgersteige aus. Es gehen Frauen, Männer, junge Mädchen, Kinder, Greise, ganze Familien. Viele führen ihr Hab und Gut auf Schubkarren mit sich, aber die meisten tragen ihre Sachen auf den Schultern. Sie gehen schweigend, leise. Es ist unheimlich.«

Einige der Abertausenden, die die Mel'nykov-Straße entlanggingen, die aus dem Stadtzentrum Kiews hinaus die knapp vier Kilometer zu den Friedhöfen führt, hatten sogar ihre Haustiere dabei. Angehörige des Polizeibataillons 45 führten derweil in der ganzen Stadt mithilfe von Melderegistern Hausdurchsuchungen durch und trieben aufgefundene Juden in die Menschenmenge in Richtung Sammelpunkt. Entlang der Strecke zum Sammelpunkt waren nur wenige Polizisten präsent, erst hinter der Kreuzung Mel'nykov- und Pugačev-Straße, etwa einen Kilometer von der Erschießungsstätte entfernt, hatten deutsche Bewaffnete einen Panzergraben mit Stacheldrahtverhau zu einer Sperre umgebaut. Wer sie passiert hatte, befand sich innerhalb des abgeschirmten Bereichs um das Exekutionsgelände und wurde nicht mehr zurückgelassen. Die nichtjüdischen Begleiter mussten an dieser Stelle umkehren. Vermutlich an dieser Sperre wurden die Eintreffenden gezählt, so dass die Sipo später die angesichts des Ausmaßes des Massakers irritierend exakte Zahl von 33.771 erschossenen Männern, Frauen und Kindern nach Berlin übermitteln konnte.

Vom Sammelpunkt unmittelbar hinter der Sperre wurden die Eintreffenden in Gruppen zu je 200 bis 500 Personen entlang der Mel'nykov-Straße weiter getrieben. Nachdem die Gruppen um zwei Straßenecken herum zwischen den Friedhöfen hindurch gelaufen waren, trafen sie schließlich am oberen, dem südlichen, Ausläufer von Babyn Jar ein.

Die ganze Strecke war beidseitig durch Postenketten deutscher und ukrainischer Polizisten abgesperrt. Auch das Exekutionsgelände war vollständig von deutschen Bewaffneten umstellt, darunter zahlreiche Wehrmachtsangehörige. Bereits auf dem Sammelpunkt hatten die Menschen ihre Koffer und Taschen an der Mauer zum jüdischen Friedhof ablegen müssen, hinter der nächsten Kreuzung standen in der Sim'ri-Chochlovych-Straße Polizisten, die den Vorbeigehenden die warme Oberbekleidung, ihre Ausweise und Wertsachen abnahmen. Die Ausweise warfen sie ins Feuer, die Wertsachen in bereitstehende Körbe und die Oberbekleidung auf große Haufen, die im Laufe des Tages mit LKW abtransportiert

wurden. Als sich abzeichnete, dass es zu lange dauerte, so viele Menschen einzeln zu durchsuchen und die Kleidung abzutransportieren, wurden die Menschen ohne Halt an den Rand der Erschießungsstätte getrieben, wo sie sich entweder auf einem Plateau oberhalb der Schlucht oder auf deren Sohle bis auf die Unterwäsche entkleiden mussten. Die Kleiderhaufen wurden dann nach Abschluss des Massakers von Angehörigen des Sk 4a durchsucht.

Von den Juden, die sich auf dem Sammelpunkt einfanden, sind nur ganz wenige dem Massaker entkommen. Einige haben nach der Befreiung Kiews durch die Rote Armee berichtet, es sei ihnen unbemerkt gelungen, vor der Sperre an der Kreuzung Pugačev-Straße umzukehren, da sie in der Ferne Schüsse wahrgenommen hätten. Andere konnten auf dem Weg vom Sammelpunkt nach Babyn Jar durch die Postenketten schlüpfen und sich auf den beiderseits des Weges gelegenen Friedhöfen verstecken. Nur eine Person ist bekannt, die die Erschießungen überlebte: Dina Proničeva warf sich vor den Schüssen auf die Toten vor ihr und floh im Schutz der Dunkelheit aus der Schlucht. Auf die andauernden Schusssalven wurden auch die nichtjüdischen Anwohner der an Babyn Jar angrenzenden Umgebung aufmerksam: Vom Luk'janiv's'ke-Friedhof aus konnten sich Zeugen der Schlucht auf weniger als zweihundert Meter nähern und so zwar nicht die Erschießungen selbst beobachten, sehr wohl aber die Kolonnen der Juden bis zu der Fläche, an der sie ihre Kleider ablegen mussten.

Unten in der Schlucht standen die verschiedenen Mordkommandos bereit. Kurt Werner, ein Angehöriger des Sk 4a, berichtete nach dem Krieg vor Gericht über den Ablauf der Erschießungen:

»Es dauerte nicht lange und es wurden uns schon die ersten Juden über die Schluchtabhänge zugeführt. Die Juden mussten sich mit dem Gesicht zur Erde auf die Muldenwände hinlegen. In der Mulde befanden sich drei Gruppen von Schützen, mit insgesamt etwa zwölf Schützen. Gleichzeitig sind diesen Erschießungsgruppen von oben her laufend Juden zugeführt worden. Die nachfolgenden Juden mussten sich auf die Leichen der zuvor erschossenen Juden legen. Die Schützen standen jeweils hinter den Juden und haben diese mit Genickschüssen getötet. Mir ist heute noch in Erinnerung, in welches Entsetzen die Juden kamen, die oben am Grubenrand zum ersten Mal auf die Leichen in der Grube hinuntersehen konnten.«

Regelmäßig rotierten die Angehörigen der Mordkommandos bei der Ausführung ihrer blutigen Tätigkeit. Nachdem Werner den Vormittag in der Schlucht verbracht und dort mal selbst geschossen, mal die Magazine nachgeladen hatte, wurde er nach der Mittagspause am oberen Rand der Schlucht eingesetzt. Dort war er nun bis zum Abend dafür zuständig, seinen Kameraden

die Juden »zuzuführen«. Die je zwölf Männer des Sk 4a waren nicht die einzigen Schützen, die an diesem Tag mordeten. Jedes der Kommandos hatte in dem ausgedehnten Gelände ein eigenes Seitental zugeteilt bekommen, in dem sie ihre Gräueltaten vollführten.

Da absehbar war, dass die Exekution viele Stunden dauern würde, ließen die Organisatoren Küchenwagen bereitstellen, die warme Mahlzeiten und Getränke, einschließlich Schnaps, für 400 Mann boten (für die 120 Männer des Sk 4a sowie die Angehörigen der anderen Kommandos, die bei diesem Massenmord mitwirkten). Bei Einbruch der Dunkelheit brach Blobel die Erschießung ab; zu diesem Zeitpunkt hatten seine Männer etwa 22.000 Menschen ermordet. Die verbliebenen Juden wurden die Nacht über in den großen Garagen des Panzerbataillons am Sammelplatz östlich der Friedhöfe eingesperrt und am folgenden Tag, dem 30. September, umgebracht.

Nach Beendigung des Massakers sprengten Pioniere der Wehrmacht die steilen Ränder der Seitentäler der Schlucht, um die Leichen mit Sand zu bedecken. In den darauffolgenden Tagen mussten sowjetische Kriegsgefangene diese Bereiche einebnen. Ihre Tätigkeit hat Johannes Hähle, ein Fotograf der Propagandakompanie 637, in Farbdias festgehalten, als er das Exekutionsgelände in der ersten Oktoberwoche besichtigte. Er nahm auch Bilder von den zahlreichen Kleiderhaufen auf, die unmittelbar neben den einzelnen Exekutionsstätten lagen. Nach dem Massaker in Kiew und dem zehn Tage zuvor im etwa 140 Kilometer weiter westlich gelegenen Żytomyr verübten Massenmord an mehr als 3000 Juden fielen insgesamt 137 Lastwagenladungen Kleidung an, die in erster Linie an sogenannte Volksdeutsche verteilt wurden. In Kiew funktionierte man eine geräumte Schule zu einem Zwischenlager um: Nach Aussagen von Zeugen lagerten im Erdgeschoss die Nahrungsmittel, im ersten Stock die Wäsche, im zweiten die Oberbekleidung, im dritten schließlich wurden die Wertsachen aufbewahrt, die man den Juden auf ihrem Weg zu der Erschießungsstätte abgenommen hatte.

Ein Verbrechen diesen Ausmaßes, das derart nahe einer Großstadt verübt wurde, blieb natürlich nicht un bemerkt. Anfangs mochten viele gedacht haben, die Kiewer Juden würden tatsächlich im Wortsinn »umgesiedelt« – hier spielten wohl die Erfahrungen mit den russischen und dann den sowjetischen Behörden eine Rolle, die mehrmals große Bevölkerungsgruppen deportiert hatten, weshalb das deutsche Vorgehen zunächst nicht völlig ungewöhnlich schien. Schnell aber verbreitete sich in der Stadt die Nachricht, dass die abgeführten Menschen keineswegs auf dem westlich Kiews gelegenen Güterbahnhof Luk'janovka Eisenbahnwaggons bestiegen hatten. Irina A. Chorošunova notierte am 2. Oktober in ihr Tagebuch:

»Schon sagen alle, dass die Juden ermordet werden. Nein, nicht ermordet werden, sondern schon

ermordet worden sind. Alle, ohne Ausnahme – Greise, Frauen und Kinder. Jene, die am Montag nach Hause zurückgekehrt waren, sind auch schon erschossen worden. Das ist noch Gerede, aber es kann keinen Zweifel daran geben, dass es den Tatsachen entspricht. [...] Ein russisches Mädchen hat seine Freundin auf den Friedhof begleitet und sich von der anderen Seite durch die Umzäunung [auf den russischen Friedhof] geschlichen. Sie hat gesehen, wie entkleidete Menschen in die Richtung von Babij Jar geführt wurden, und Gewehrschüsse gehört. Es gibt immer mehr von diesen Gerüchten und Berichten.«

Das Wissen um das Massaker blieb nicht auf Kiew beschränkt. So traf wenige Tage später eine achtundzwanzigköpfige Gruppe ausländischer Korrespondenten in Kiew ein, die auf Einladung des Auswärtigen Amtes und betreut von Wehrmachtsoffizieren eine Rundreise durch die besetzte Ukraine unternahmen. Obwohl ihr Besuch in der ukrainischen Hauptstadt sorgfältig geplant und überwacht wurde, erfuhren die Journalisten von den Erschießungen. Bereits im November 1941 war im *New York Herald Tribune* vom zehntausendfachen Mord an den Kiewer Juden zu lesen.

Nicht alle nichtjüdischen Einheimischen blickten entsetzt auf den Strom ihrer jüdischen Mitbürger, der sich in Richtung Babyn Jar bewegte. Viele nutzten die Gelegenheit, um ihre Nachbarn oder die in ihrem Haus einquartierten Personen zu denunzieren. Die Krankenschwester Ol'ga R. Muchortova-Pekker, als Jüdin und Parteimitglied gleich doppelt gefährdet, berichtete nach der Befreiung, wie sie allein in den ersten Wochen der Besatzung ein halbes Dutzend Mal die Bleibe wechseln musste, weil sie denunziert worden war. Der ehemalige Chef der Sicherheitspolizei in Kiew, Dr. Hans Schumacher, berichtete nach Kriegsende, es seien in seiner Dienststelle so viele Denunziationen eingegangen, dass seine Beamten diese gar nicht alle hätten bearbeiten können. Im Fall von Kiew haben sich von diesen Anzeigen nur wenige erhalten, da die entsprechenden Akten vermutlich vernichtet wurden. Umso aufschlussreicher ist ein Dokument, das sich in den Akten der Wohnungsverwaltung Kiew erhalten hat. Es handelt sich um eine Eingabe eines Hauswarts, mit der er im November 1941 um seine Wohnung kämpfte, die er erst einen Monat zuvor von der deutschen Ortskommandantur zugeteilt bekommen hatte – als Belohnung dafür, dass er mit acht weiteren Ukrainern 19 Juden in seinem Haus festgehalten und am 29. September »am angegebenen Sammelpunkt« abgegeben habe. Wenn alle Hausmeister so pflichtbewusst seien wie er, so schloss er seine Eingabe, dann gäbe es in Kiew keine Juden mehr. Vergeltung für erlittene Repressionen unter dem bolschewistischen Regime, für die oftmals die Juden haftbar gemacht wurden, und Habgier gingen nahtlos inei-

inander über. Viele Kiewer nutzten die Gelegenheit des Zusammenbruchs der alten Ordnung, sich die Wohnungen ihrer geflohenen oder ermordeten jüdischen Nachbarn oder zumindest deren Hausrat anzueignen.

Andere Mitbürger beschränkten sich nicht darauf, Juden zu denunzieren, sondern erschlugen sie gleich selbst. Vermutlich am 1. Oktober 1941 (das genaue Datum ließ sich nicht ermitteln) ermordeten beispielsweise Bewohner des Kiewer Stadtteils mehrere jüdische Personen, darunter eine Jugendliche. An diesem Tag holten ukrainische Milizionäre denunzierte Juden mit einem offenen LKW ab, um sie der deutschen Sicherheitspolizei zu übergeben. Als der bereits teilweise besetzte LKW auf dem Boulevard Nyžnij Val anhielt, griffen Umstehende

die Juden an, die aus umliegenden Häusern herausgezerrt wurden. Kinder bewarfen sie mit Steinen, im Laufe des Tages erschlugen Anwohner insgesamt sieben Juden und verscharften sie gleich an Ort und Stelle in Splitterschutzgräben, die in der Grünanlage auf dem Mittelstreifen des Boulevards angelegt worden waren. Dort lagen die Leichname, bis sie nach Abzug der Deutschen im Dezember 1943 exhumiert und die drei Haupttäter verhaftet wurden. Insgesamt hatten sich einige Dutzend Personen an diesen Morden beteiligt. Unklar ist, wie viele vergleichbare Fälle es an anderen Orten in Kiew gegeben hat, sicher ist jedoch, dass direkte Gewalt seitens nichtjüdischer Personen an ihren jüdischen Nachbarn anders als in Ostgalizien deutlich seltener vorkam.

Über den Autor

Dr. phil., Historiker, Journalist und Verlagslektor, Berlin Der vorliegende Text ist eine überarbeitete und veränderte Fassung des Beitrags, der zuerst erschien in: Martin Langebach, Hanna Liever (Hg.): Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine. Bonn 2017.

LESEHINWEIS

Inhaltsverzeichnis der Osteuropa 1-2 / 2021, »Babyn Jar. Der Ort, die Tat und die Erinnerung«

Editorial

Umkämpfte Erinnerung

Bert Hoppe

Babyn Jar

Massenmord am Stadtrand

Als die Deutschen im September 1941 Kiew einnahmen, hatten sie den antisemitischen Terror bereits zu einem Genozid an den Juden ausgeweitet. In der ukrainischen Hauptstadt gingen die Angehörigen der Kommandos von SS und Polizei beim Massenmord daher mit einer grauenhaften Routine vor, wie üblich in enger Absprache mit und unterstützt von der Wehrmacht. Unmittelbar neben der Exekutionsstätte errichteten die Besatzer einige Monate später ein Konzentrationslager; dessen Insassen wurden vor dem Abzug der Deutschen gezwungen, die Leichen der dort im Herbst 1941 und in den folgenden zwei Jahren Ermordeten zu verbrennen, um die Spuren dieser Verbrechen zu verwischen.

Franziska Davies

Babyn Jar vor Gericht

Juristische Aufarbeitung in der Sowjetunion und Deutschland

In Kiew erschossen Einsatzgruppen der SS unter Mitwirkung der Wehrmacht im September 1941 an zwei Tagen 34 000 Juden. Das Massaker von Babyn Jar fand bei den Nürnberger Prozessen sowie bei den sowjetischen Prozessen in Kiew und Riga Eingang in die Anklageschrift. Es diente als Beleg für den deutschen Vernichtungskrieg. In den Nürnberger Nachfolgeprozessen 1947/48 wurden drei unmittelbar an der Planung und Durchführung des Massakers Beteiligte zur Verantwortung gezogen. Erst Ende der 1960er Jahre mussten sich im Darmstädter Callsen-Prozess zehn Mitglieder des Sonderkommandos 4a für die Tötung von ca. 60 000 Menschen verantworten. Einige erhielten Strafen zwischen vier und 15 Jahren, andere wurden freigesprochen. Aus den Reihen der Wehrmacht wurde niemand

juristisch belangt. Aber auch die meisten Angehörigen des Sonderkommandos und der mindestens 700 Mann starken Einsatzgruppen, die an den Massenmorden beteiligt waren, blieben straffrei.

Karel C. Berkhoff

Aussage in der Heimat der Täter

Dina Proničeva im Callsen-Prozess

Dina Proničeva war eine der wenigen Überlebenden des Massakers von Babyn Jar im September 1941. Im April 1968 sagte sie vor dem Landgericht Darmstadt im Prozess gegen Kuno Friedrich Callsen und neun weitere ehemalige Angehörige des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C aus, denen Mord und Beihilfe zum Mord vorgeworfen wurde. Dina Proničevas Aussage ist ein Schlüsseldokument zur Geschichte des Massakers von Babyn Jar.

Dokument

Aussage der Zeugin Dina Proničeva

Darmstadt, 29.4.1968

Abchrift eines Auszugs aus dem Protokoll des Prozesses, der von Oktober 1967 bis November 1968 vor dem Landgericht Darmstadt stattfand.

Dokument

In der Grube den Fangschüssen entkommen

Darmstädter Echo, 30.4.1968

Erste russische Zeugin berichtet im Kommando-Prozeß über das Massaker bei Kiew.

Vladyslav Hrynevych

Umkämpftes Gesichtsgelände

Babyn Jar als ukrainischer Erinnerungsort

Der Erinnerungsort Babyn Jar war in der Ukraine über Jahrzehnte umkämpft: Dem Bemühen jüdischer Aktivisten, das Andenken der Opfer zu ehren, stand das Bestreben der Sowjetmacht gegenüber, den Holocaust als Teil der nationalsozialistischen Aggression gegen die »sowjetische Zivilbevölkerung« darzustellen. Mit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine 1991 kamen neue Motive und widerstreitende Interessen ins Spiel. Der Umgang mit Babyn Jar wechselte je nach politischer Ausrichtung des amtierenden Präsidenten. Die Selbstverortung der Ukraine zwischen West- und Osteuropa vollzieht sich auch erinnerungspolitisch. Babyn Jar steht im Zentrum heftiger Auseinandersetzungen. Jüngstes Kapitel ist der Streit um eine geplante zentrale Gedenkstätte, das *Babyn Yar Holocaust Memorial Center*.

Yohanan Petrovsky-Shtern

Ein Tag, der die Welt veränderte

Ukrainer, Juden und der 25. Jahrestag von Babyn Jar

Am 29. September 1966 versammelten sich eine große Zahl Ukrainer und Juden auf dem Gelände von Babyn Jar, um gemeinsam der jüdischen Opfer des Massakers von 1941 zu gedenken. Das kommunistische Parteiregime reagierte mit Repression. Doch für die Teilnehmer begründete diese Demonstration des Mutes, der Humanität und der Würde ein neues Verhältnis von Ukrainern und Juden. Es entstand eine öffentliche Sphäre, in der beide Strömungen ihr Selbstbewusstsein artikulieren konnten. Jüdische und ukrainische Denker wurden sich ihres gemeinsamen Schicksals bewusst. Ivan Džuba prägte mit einer bedeutenden Rede für die Opfer von Babyn Jar auf Jahrzehnte das nationalukrainische Denken unter den Dissidenten und in der Diaspora. Und für zahlreiche Juden wurde Babyn Jar zu einem Kristallisationspunkt der eigenen nationalen Befreiungsbewegung.

Dokument

Ivan Džuba: Wider den Hass

Rede zum 25. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar

Darija Bad'jor

Streit um Babyn Jar

Gedenkzentrum oder Holocaust-Disneyland

In Kiew soll ein Zentrum zum Gedenken an die Opfer der Shoah entstehen. Dazu wurde im September 2016 die Stiftung *Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar* (BYHMC) ins Leben gerufen. Seitdem steht es in der Kritik. Mal ging es

um die Finanzierung des Projekts durch Unternehmer aus Russland, mal um die inhaltliche Ausrichtung. Die Berufung des russischen Skandalregisseurs Il'ja Chržanovskij zum künstlerischen Leiter und sein Konzept für das Gedenkzentrum führten zum offenen Konflikt. Internationale Museumsexperten und Historiker legten unter Protest ihre Ämter zur Vorbereitung des Gedenkzentrums nieder. Sie befürchteten, dass das Gedenkzentrum ein Holocaust-Disneyland wird, wo für seriöse museumspädagogische Aufklärung und Erinnerung kein Platz ist. Verschärft wurde der Konflikt durch Intransparenz und mangelnde Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Dorothea Redepenning

Töne der Erinnerung

Musikalische Deutungen von Babij Jar

In der Kunst war Babij Jar Ort eines der größten Massaker im Zweiten Weltkrieg, bereits vor der Errichtung eines Denkmals ein Erinnerungsort. Dmitrij Šostakovičs erster Satz der 13. Symphonie, dem das berühmte Gedicht von Evgenij Evtušenko als Textbasis dient, überstrahlt alle anderen musikalischen Gedenkwerte. Sie reichen von Nechama Livšic' *Wiegenlied für Babij Jar* über diverse Autorenlieder bis zu Dmytro Klebanovs *Gedenksymphonie für die Opfer* und Evhen Stankovyčs opulentem *Requiem-Kaddisch »Babij Jar«*. Solange sich die Sowjetmacht weigerte, die jüdische Identität der meisten Opfer anzuerkennen, lief jeder, der sich künstlerisch mit dem Thema auseinandersetzte, Gefahr, Opfer kulturpolitischer und persönlicher Repressalien zu werden.

Katja Petrowskaja

»Nach dem Massaker kam das Schweigen«

Babyn Jar, das Familiengedächtnis und die Hürden der Erinnerung

Katja Petrowskaja (»Vielleicht Esther«) erfuhr im privaten Raum ihrer Familie früh von dem Verbrechen, das 1941 in Babyn Jar geschehen war. Doch im öffentlichen Raum stand Babyn Jar lange für die Unmöglichkeit der Erinnerung. Zu wenige Menschen hatten überlebt, die sich an die Opfer hätten erinnern können; zu verschieden war das Leid der Millionen Opfer des Krieges, zu erdrückend waren der sowjetische Antisemitismus und die ideologisch motivierte Zensur. Babyn Jar, heute ein Park mitten in Kiew, bleibt auch acht Jahrzehnte später untrennbar mit dem Massaker verbunden, von dem nichts geblieben ist, kein Beweis, kein Körper, sondern nur eine Erzählung. Erinnern ist körperliche und seelische Arbeit. Sie bedarf einer besonderen Sprache.

Kateryna Botanova

Ein Ort der Abwesenheit

Serhij Bukovs'kyj's Film *Spell Your Name*

Babyn Jar kommt in der Geschichte der Ukraine große Bedeutung zu, doch im kollektiven Gedächtnis war das Massaker lange Zeit kaum verankert. Ein Meilenstein im Umgang mit dem Ereignis war der Film *Spell Your Name*, der auf Interviews aus dem Archiv von Steven Spielbergs *Holocaust Stiftung* basiert. Serhij Bukovs'kyj reflektiert in seiner Bildsprache die Distanz zum historischen Geschehen. Im Zentrum des Films stehen Erinnerung, Vergessen und Verdrängung. *Spell Your Name* umkreist Babyn Jar als weißen Fleck im ukrainischen nationalen Gedächtnis. Der Akzent liegt nicht auf der Rekonstruktion der Vergangenheit, sondern auf dem Platz, den die Geschichte in der Gegenwart hat.

Sonja Margolina

Ein Grab in den Lüften

Hommage an Anatolij Kuznecov

Als Zwölfjähriger war Anatolij Kuznecov Zeuge des Massakers in Babij Jar. Er überlebte die deutsche Besatzung und den Krieg und verfasste in den frühen 1960er Jahren seinen dokumentarischen Roman *Babij Jar*. In der Sowjetunion wurde der Text durch die Zensur entstellt. Erst nach der Emigration des Autors erschien das Buch in seiner eigentlichen Form. Nur der Wahrheit verpflichtet, ignoriert Kuznecov jedes ideologische Denkverbot und historische Tabu. Er legt Zeugnis ab, was in Babij Jar geschah. Er durchdringt die Verbrechen totalitärer Herrschaft des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Und er bringt das Recht des einzelnen Menschen auf ein Leben in Würde zur Geltung. Kuznecovs Werk ist ein unbekannter Klassiker.

DOKUMENTATION

Rede von Außenminister Heiko Maas im Deutschen Bundestag zur Debatte »80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion«, 09.06.2021

Vor fast 80 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion. Damit begann das mörderischste Kapitel des sogenannten Vernichtungskrieges im Osten, der im September 1939 mit dem Überfall auf Polen seinen Anfang genommen hatte. Den Nationalsozialisten ging es darum, »neuen Lebensraum« zu erobern. Dafür wurde die Versklavung und Auslöschung ganzer Staaten und Völker nicht nur in Kauf genommen; sie war erklärtes Kriegsziel. Die erbarmungslose deutsche Kriegsführung verwandelte zahllose Dörfer und Städte in verbrannte Erde. Millionen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, fielen den Repressalien und dem Terror der deutschen Besatzer zum Opfer. Die Wehrmacht schlug damals geltendes Kriegsrecht in den Wind und ließ Millionen sowjetischer Kriegsgefangener bewusst verhungern. Und es waren deutsche Täter, die vor allem in Mittel- und Osteuropa das Menschheitsverbrechen des Holocaust verübten.

Fassungslos blicken wir auf diesen Teil unserer Geschichte, auf den Rassenwahn und die völlige moralische Enttönnung, die auch gerade im Ostfeldzug ihren fürchterlichen Ausdruck fanden. Und voll Trauer und Scham verneigen wir uns vor den über 30 Millionen Menschen, die allein in Mittel- und Osteuropa zwischen 1939 und 1945 ihr Leben lassen mussten in dem von Deutschland geplanten, begonnenen und bis zuletzt vorangetriebenen Krieg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Dimension dieser Verbrechen grenzt es auch 80 Jahre später noch an ein Wunder, dass uns unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Dafür sind wir ihnen zutiefst dankbar.

Diese Dankbarkeit geht mit einer besonderen Verantwortung einher, der Verantwortung, mit aller Kraft weiter an der Aussöhnung zu arbeiten zwischen den Menschen in Deutschland und den Menschen in Russland, der Ukraine, Belarus, Polen, den baltischen, den südkaukasischen und den zentralasiatischen Staaten und in all den anderen Ländern, denen Deutsche im Zweiten Weltkrieg schreckliches Leid angetan haben. Für diese Aussöhnung darf es niemals einen Schlussstrich geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin dem Bundestag deshalb sehr dankbar für die im vergangenen Jahr gefassten Beschlüsse, in Berlin Erinnerungsorte für die Opfer des Vernichtungskrieges in Polen und in ganz Europa zu schaffen. An deren Umsetzung arbeiten wir seither mit allem Nachdruck zusammen mit unseren Partnern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Und unter sehr enger Einbindung unserer polnischen Freundinnen und Freunde.

Genauso setzen wir unsere Erinnerungsarbeit in den Ländern Ost- und Mitteleuropas fort. In der Ukraine werden wir das geplante neue Holocaustmuseum Babyn Jar unterstützen und in Belarus die Sanierung der Geschichtswerkstatt im ehemaligen Ghetto von Minsk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir ganz besonders wichtig gewesen, dass wir in den vergangenen drei Jahren endlich auch eine humanitäre Geste für die Überlebenden der Leningrader Blockade auf den Weg gebracht haben. Der grausame Tod von 1 Million Menschen in der von der Wehrmacht belagerten Stadt war eines der schlimmsten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges.

Ich habe Sankt Petersburg zuletzt vergangenen August besucht und dort mit Überlebenden der Blockade gesprochen. Wer die Erinnerungen dieser Menschen gehört hat, wer gehört hat, was dort geschehen ist, was ihnen widerfahren ist, was ihnen angetan wurde, der wird das nie wieder vergessen. Und wer ihren Willen zur Versöhnung gespürt hat, der steht in der Pflicht, dieses Geschenk anzunehmen durch eine Erinnerungsarbeit, die in die Zukunft weist. Dem fühlen wir uns auch verpflichtet.

Wenn wir dieses Jahr an den 22. Juni 1941 erinnern, wollen wir auch Begegnungen zwischen jungen Menschen einen ganz besonderen Stellenwert einräumen. So werden Jugendliche aus ganz Europa im Rahmen des Peace-Line-Projektes gemeinsam von Deutschland über Russland und Litauen nach Polen reisen, um so an die Vergangenheit zu erinnern und ins Gespräch zu kommen, vor allen Dingen über eine gemeinsame Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Bekenntnis zur europäischen Einigung haben wir die wichtigste Konsequenz aus unserer Vergangenheit gezogen. Doch zu einem bewussten Umgang mit dieser Vergangenheit gehört auch, das historisch bedingt andere Verständnis unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn von Begriffen wie »Souveränität« und »Nation« zu respektieren. Das sollten wir berücksichtigen, wenn wir ihnen die Hand reichen für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration.

Schließlich gehört zu einem bewussten Umgang mit unserer Geschichte, dass wir das Völkerrecht über das Recht des Stärkeren stellen und für die universelle Geltung der Menschenrechte eintreten. Auch deshalb haben wir uns in der Europäischen Union dazu entschlossen, auf die politische Willkür zu reagieren, mit der Minsk und Moskau

gerade auch in jüngster Zeit eklatant gegen internationale Regeln und universelle Werte verstoßen haben. Und deshalb bleibt es bei unserer klaren Haltung zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und zur territorialen Integrität der Ukraine. Das wird auch meine Botschaft in den Gesprächen sein, die ich heute Nachmittag mit dem ukrainischen Amtskollegen hier in Berlin führe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Politik ohne Geschichte. Umso wichtiger ist es, dass wir die richtigen Schlüsse aus unserer eigenen sehr schwierigen Geschichte ziehen. 80 Jahre nach dem 22. Juni 1941 heißt das, unsere ganze Kraft einzusetzen für Frieden und Freiheit, für Zusammenhalt und Demokratie auf unserem Kontinent. Herzlichen Dank.

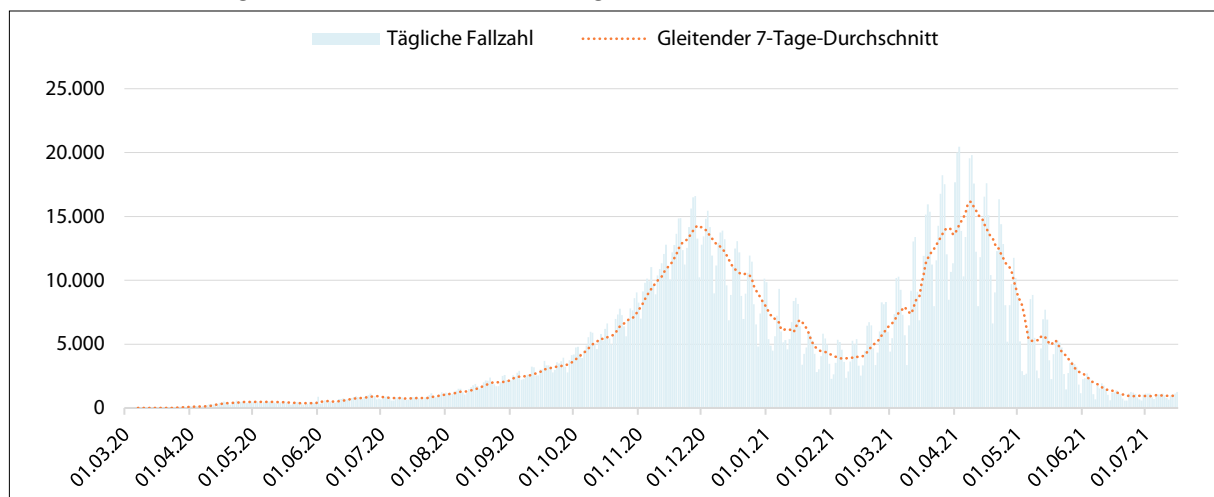
Quelle: Auswärtiges Amt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-bundestag-ueberfall-sowjetunion/2465138>.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine, Stand: 16. Juli 2021

Die Covid-19-Statistik wird nach dem Ende der Sommerpause eingestellt. Interessierte Leser_innen können sich über den Verlauf der Covid-19-Pandemie in der Ukraine unter Verwendung entsprechender Filter auf folgenden Seiten im Internet informieren: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/5COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; <https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/testing>; https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Ukraine.csv; <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; <https://covid19.rnbo.gov.ua/>.

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 16. Juli 2021)



Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/5COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

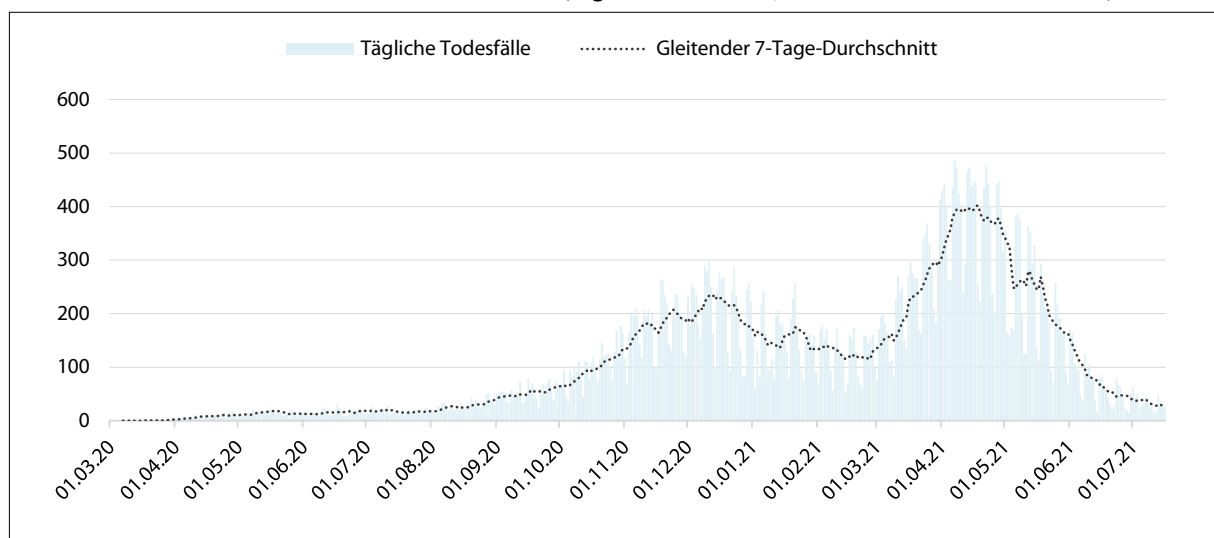
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle, 06. Juni – 16. Juli 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
06.06.21	2.273.708	1.075	27.06.21	2.297.801	819
07.06.21	2.274.375	667	28.06.21	2.298.478	677
08.06.21	2.276.111	1.736	29.06.21	2.299.059	581
09.06.21	2.277.632	1.521	30.06.21	2.300.101	1.042
10.06.21	2.279.556	1.924	01.07.21	2.301.221	1.120
11.06.21	2.281.303	1.747	02.07.21	2.302.344	1.123
12.06.21	2.282.727	1.424	03.07.21	2.303.485	1.141
13.06.21	2.283.746	1.019	04.07.21	2.304.311	826
14.06.21	2.284.337	591	05.07.21	2.305.013	702
15.06.21	2.285.534	1.197	06.07.21	2.306.006	993
16.06.21	2.286.767	1.233	07.07.21	2.307.068	1.062
17.06.21	2.288.155	1.388	08.07.21	2.308.142	1.074
18.06.21	2.289.333	1.178	09.07.21	2.309.264	1.122
19.06.21	2.290.412	1.079	10.07.21	2.310.246	982
20.06.21	2.291.135	723	11.07.21	2.311.025	779
21.06.21	2.291.722	587	12.07.21	2.311.690	665
22.06.21	2.292.295	573	13.07.21	2.312.662	972
23.06.21	2.293.421	1.126	14.07.21	2.313.705	1.043
24.06.21	2.294.669	1.248	15.07.21	2.314.828	1.123
25.06.21	2.295.873	1.204	16.07.21	2.316.081	1.253
26.06.21	2.296.982	1.109			

Für die Zahlen vom 01.03.2020–05.06.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–252.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 16. Juli 2021)

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (06. Juni – 16. Juli 2021)

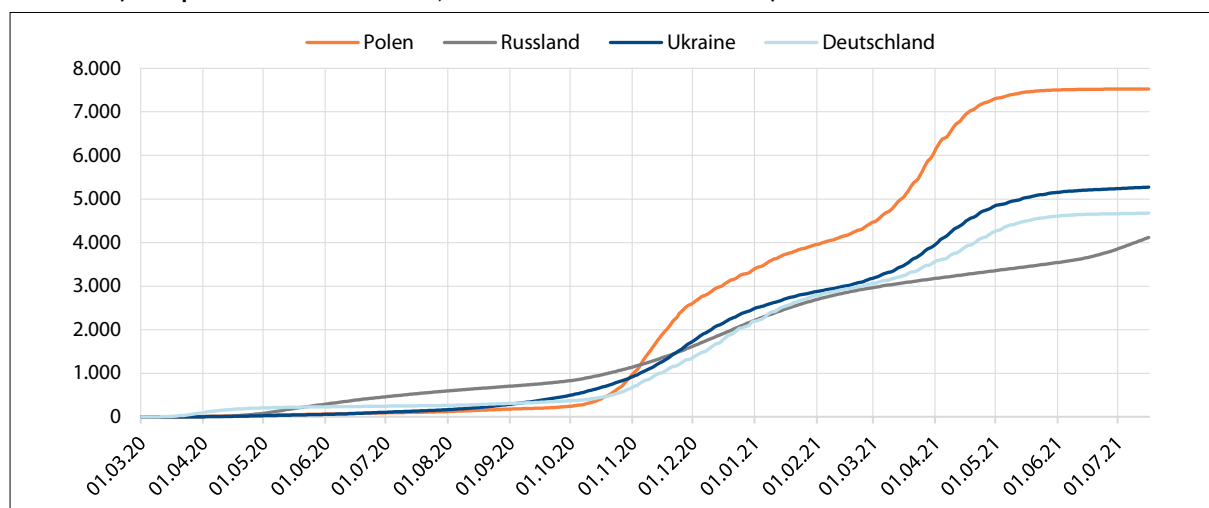
Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
06.06.21	53.258	47
07.06.21	53.295	37
08.06.21	53.420	125
09.06.21	53.503	83
10.06.21	53.607	104
11.06.21	53.683	76
12.06.21	53.758	75
13.06.21	53.795	37
14.06.21	53.812	17
15.06.21	53.894	82
16.06.21	53.980	86
17.06.21	54.041	61
18.06.21	54.097	56
19.06.21	54.142	45
20.06.21	54.171	29
21.06.21	54.192	21
22.06.21	54.220	28
23.06.21	54.299	79
24.06.21	54.366	67
25.06.21	54.429	63
26.06.21	54.473	44

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
27.06.21	54.498	25
28.06.21	54.517	19
29.06.21	54.531	14
30.06.21	54.581	50
01.07.21	54.644	63
02.07.21	54.687	43
03.07.21	54.735	48
04.07.21	54.758	23
05.07.21	54.784	26
06.07.21	54.815	31
07.07.21	54.860	45
08.07.21	54.894	34
09.07.21	54.917	23
10.07.21	54.949	32
11.07.21	54.964	15
12.07.21	54.981	17
13.07.21	55.030	49
14.07.21	55.066	36
15.07.21	55.097	31
16.07.21	55.124	27

Für die Zahlen vom 01.03.2020–05.06.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–252.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

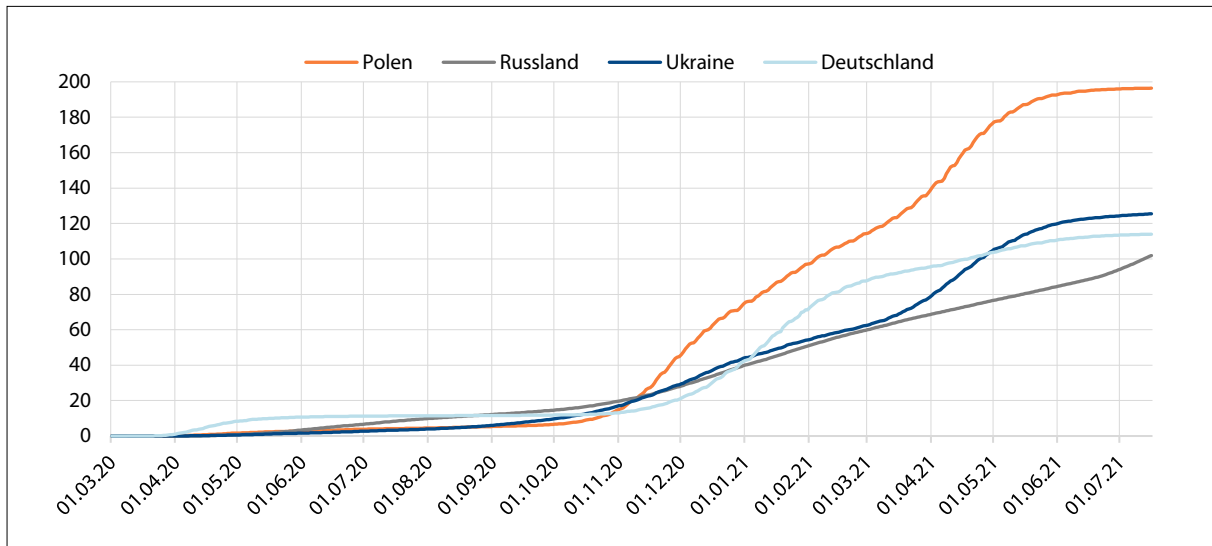
Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 16. Juli 2021)

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

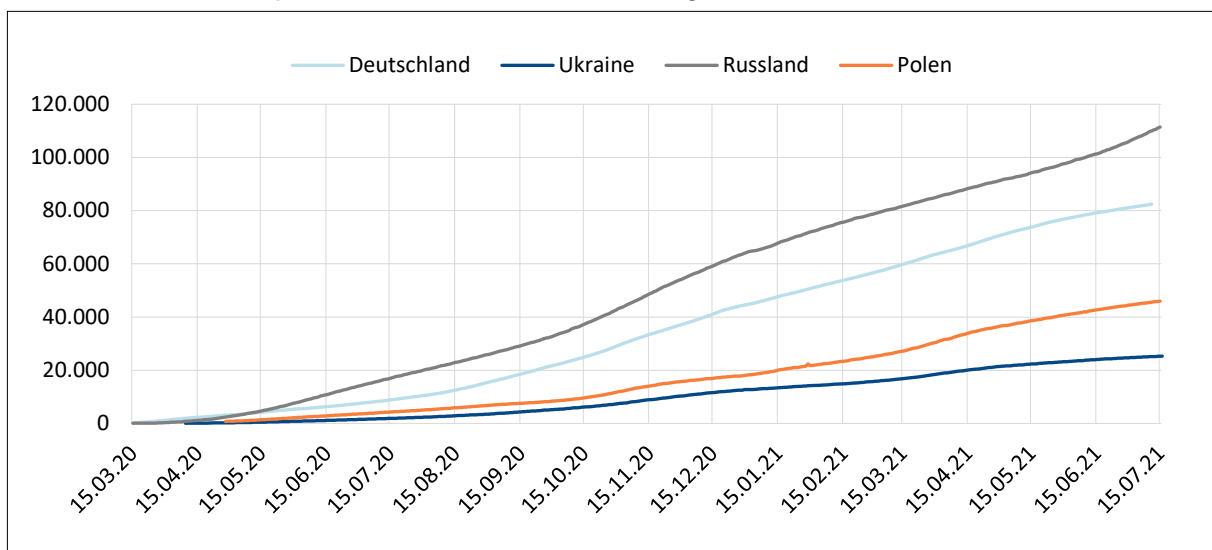
Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine im Vergleich
(Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 16. Juli 2021)



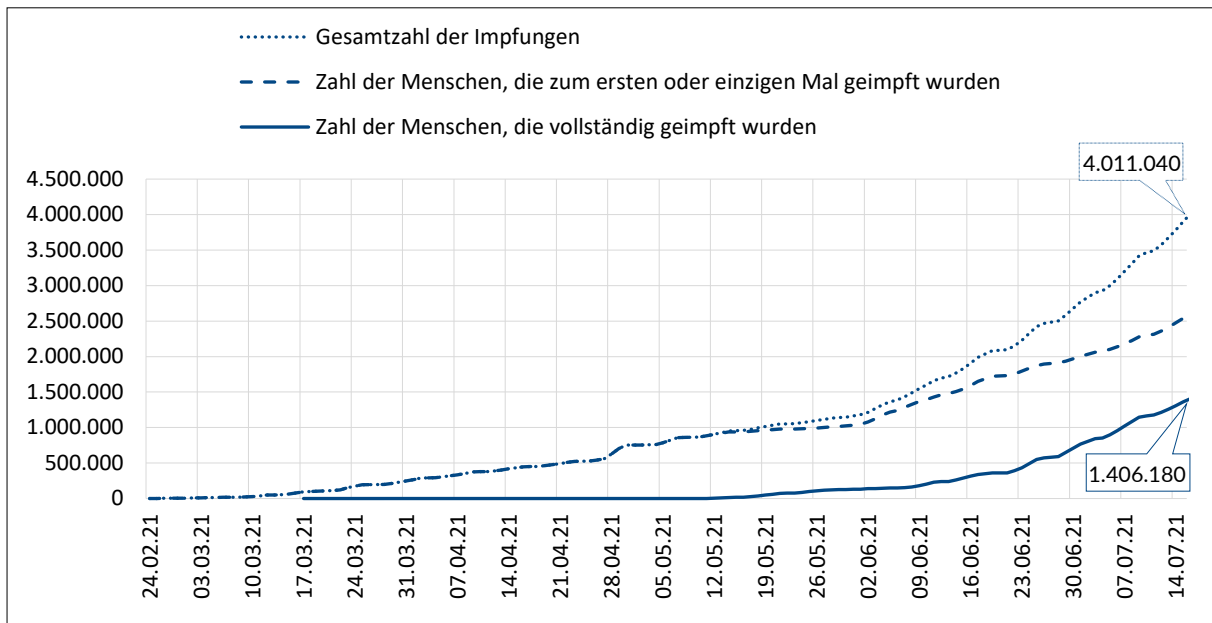
Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 16.07.2021, 20:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

Grafik 5: Covid-Tests pro 100.000 Einwohner, Ukraine im Vergleich, 15. März 2020 – 16. Juli 2021

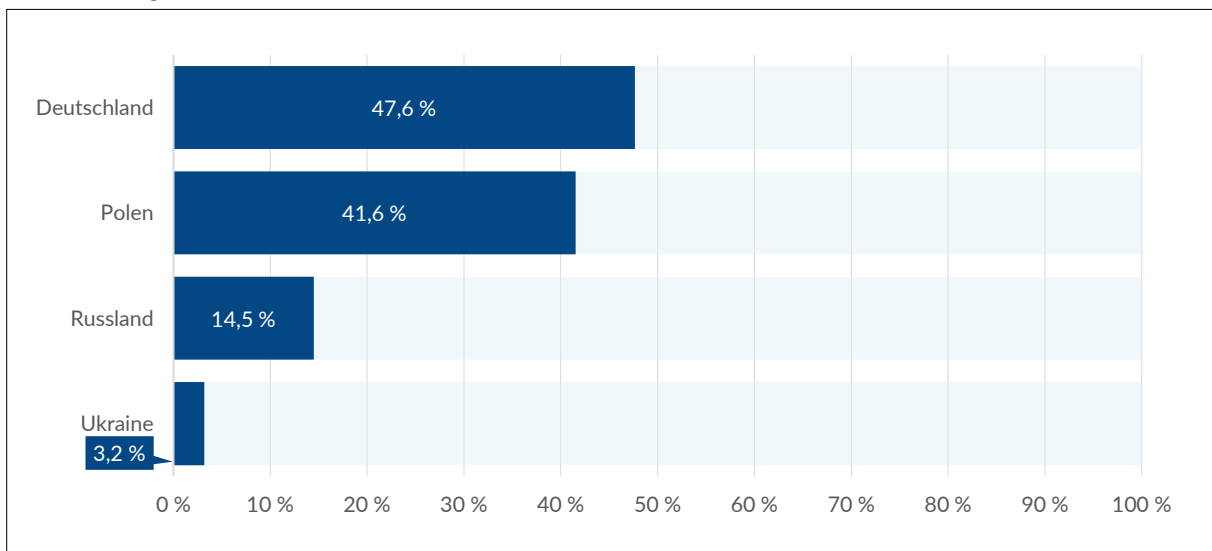


Quelle: <https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/testing>, basierend auf: Deutschland: Robert-Koch-Institut, 15.03.2020–11.07.2021; Ukraine: Ministerkabinett der Ukraine, 09.04.2020–16.07.2021; Russland: Regierung der Russischen Föderation, <https://rospotrebnadzor.ru>, 15.03.2020–15.07.2021; Polen: Gesundheitsministerium, https://twitter.com/MZ_GOV_PL, 28.04.2020–15.07.2021; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

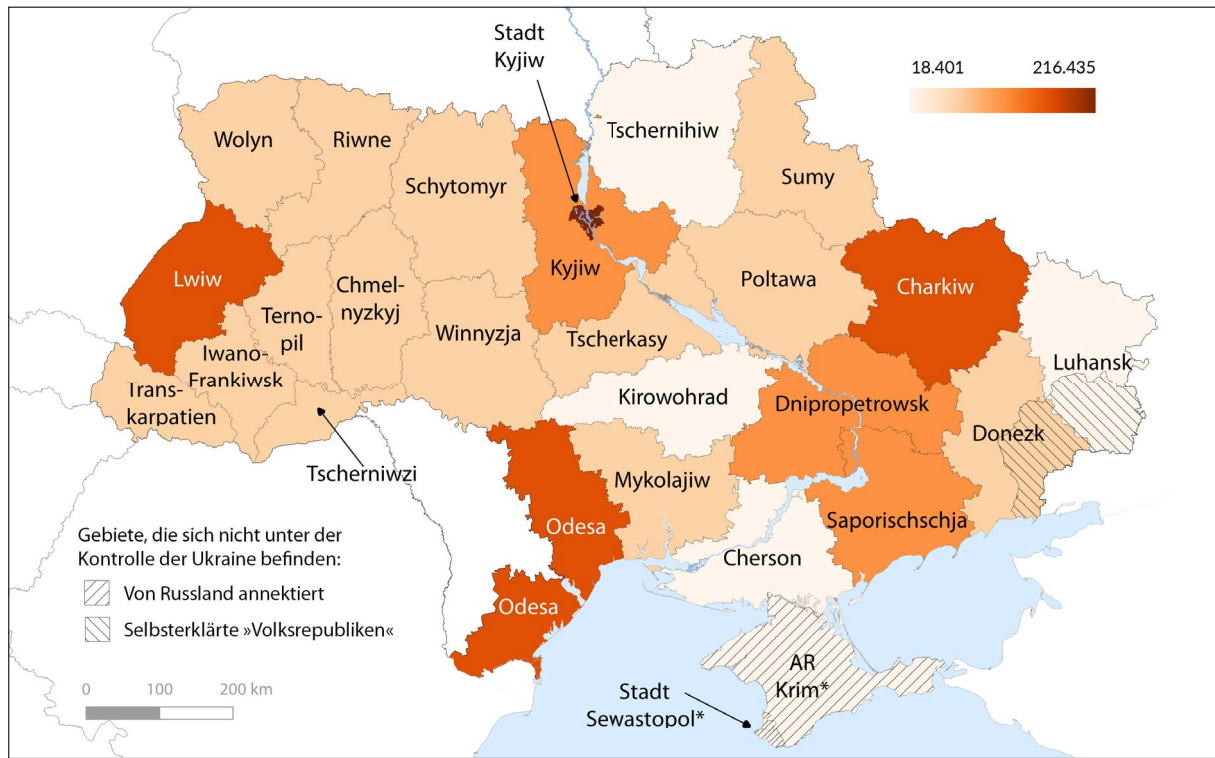
Grafik 6: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in der Ukraine (16. Juli 2021)

Verwendete Impfstoffe: Oxford/AstraZeneca, Sinovac, Pfizer/BioNTech

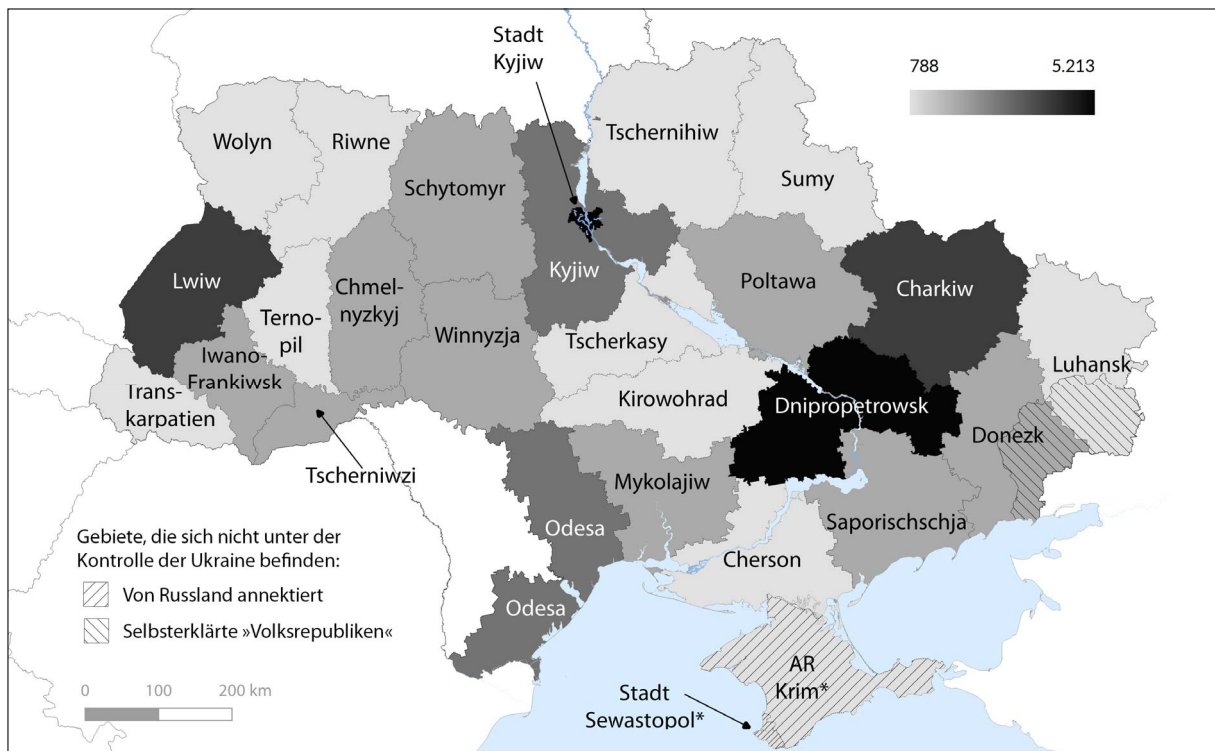
Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Ukraine.csv, basierend auf https://t.me/COVID19_Ukraine/1485 und <https://vaccination.covid19.gov.ua/>

Grafik 7: Anteil der ukrainischen Gesamtbevölkerung, der vollständig gegen Covid-19 geimpft ist, im Vergleich (15. Juli 2021 bzw. 16. Juli 2021)

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/, basierend auf: Ukraine: https://t.me/COVID19_Ukraine/1485 und <https://vaccination.covid19.gov.ua/>; Deutschland: <https://impfdashboard.de/>; Russland: <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>; Polen (bis 15.07.2021): <https://www.gov.pl/web/szczepimysie/raport-szczepien-przeciwko-covid-19>; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

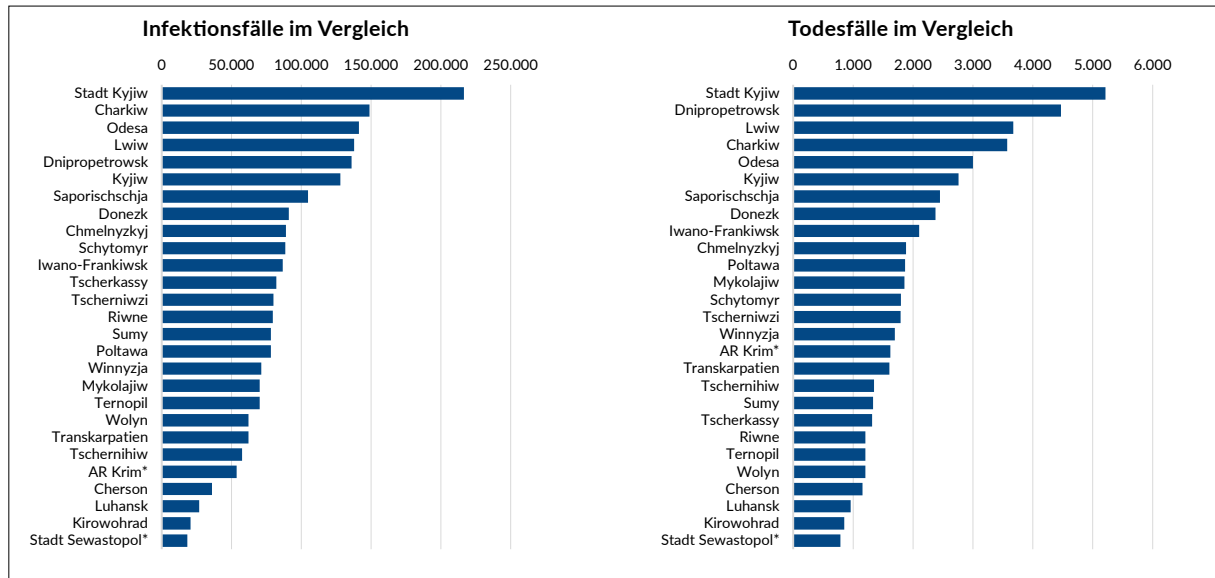
Grafik 8: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen (Stand: 16. Juli 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 17.07.2021 08:12 Uhr, d. h., Stand vom Vortag. Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 9: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 16. Juli 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 17.07.2021 08:12 Uhr, d. h., Stand vom Vortag. Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grifik 10: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 16. Juli 2021)

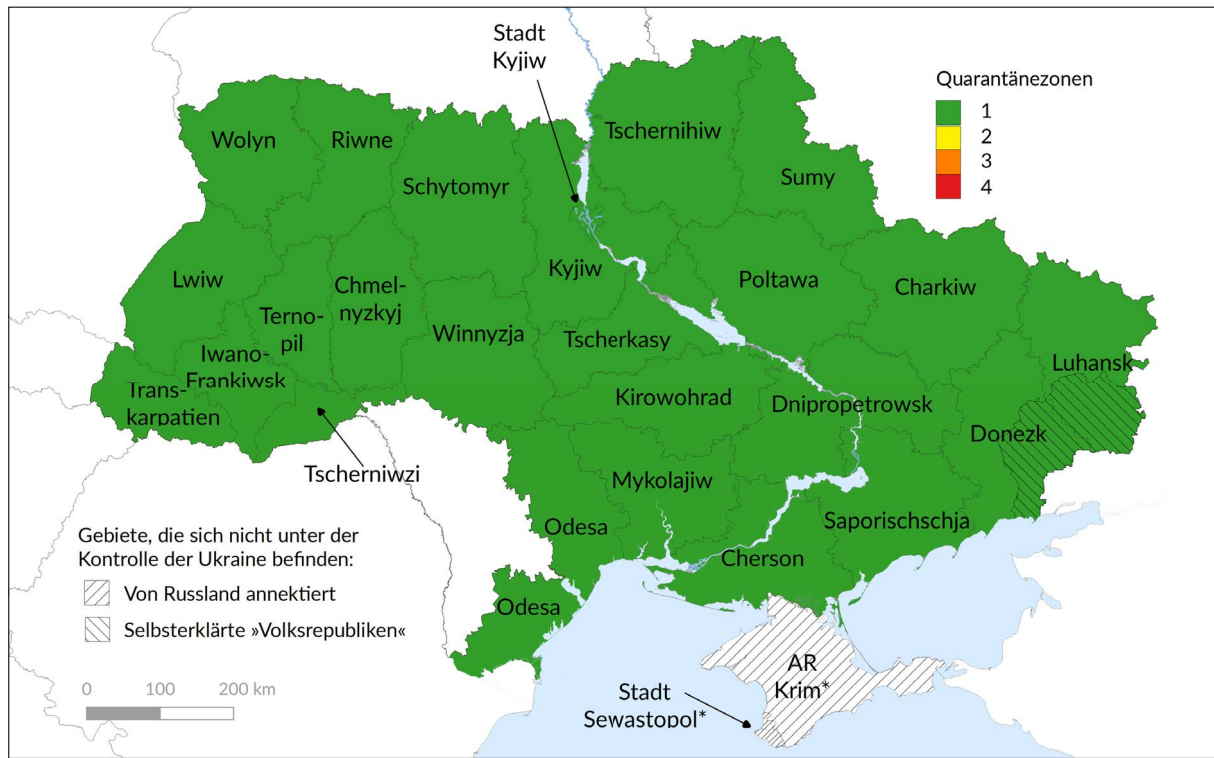


* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 17.07.2021 08:13 Uhr, d. h., Stand vom Vortag.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 16. Juli 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	148.894	3.573
Cherson	36.001	1.157
Chmelnyzkyj	89.061	1.885
Dnipropetrowsk	135.988	4.469
Donezk	91.039	2.373
Iwano-Frankiwsk	86.753	2.104
Kirowohrad	20.681	853
Kyjiw	127.910	2.759
Stadt Kyjiw	216.435	5.213
Luhansk	26.829	960
Lwiw	137.799	3.675
Mykolajiw	70.183	1.857
Odesa	141.247	2.999
Poltawa	78.091	1.868
Riwne	79.601	1.206
Saporischschja	104.863	2.450
Schytomyr	88.625	1.797
Sumy	78.132	1.332
Ternopil	70.117	1.203
Transkarpatien	62.167	1.606
Tscherkassy	81.996	1.319
Tschernihiw	57.661	1.351
Tscherniwzi	80.038	1.794
Winnyzja	71.248	1.696
Wolyn	62.246	1.203
AR Krim*	53.559	1.624
Stadt Sewastopol*	18.401	788

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 17.07.2021 08:12 Uhr, d. h., Stand vom Vortag.

Grafik 11: Covid-19-Quarantänezone (Stand: Daten bis zum 17. Juli 2021)

* Keine Daten; Datenquelle: https://moz.gov.ua/uploads/6/31822-17_07_2021.pdf, Stand: 18.07.2021.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 10. Juni – 11. Juli 2021

10.06.2021	Die Ukraine schließt mit der Republik Moldau und Ungarn Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Covid-19-Impfzertifikaten ab. Vollständig geimpfte Ukrainer können damit in beide Länder einreisen. Ungarn ist das erste EU-Land, das die ukrainischen Zertifikate anerkennt.
14.06.2021	Alle Regionen der Ukraine sind nunmehr zu »grünen« Covid-19-Zonen erklärt worden. Die Inzidenz liege aktuell bei 75 Fällen pro 100.000 Einwohner und damit auf dem niedrigsten Stand seit dem letzten Jahr, teilt das Präsidentenbüro mit.
15.06.2021	Im Vergleich zum März 2021 ist die Zahl der Ukrainer, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen lassen wollen, von 51,5 Prozent auf 43 Prozent gesunken, so die neueste Umfrage des Rasumkow-Zentrums. Die Anzahl derer, die sich auf jeden Fall impfen lassen wollen, stieg im gleichen Zeitraum leicht von 16 auf 19 Prozent.
16.06.2021	Die Regierung hebt die Covid-19-Testpflicht für aus dem Ausland zurückkehrende Ukrainer auf.
18.06.2021	Laut dem Staatlichen Statistikamt der Ukraine wurden im April 2021 insgesamt 68.620 Tote in der Ukraine verzeichnet, was fast 50 Prozent über dem Wert vom April des Vorjahres liegt. Wie viele Todesfälle dieser Übersterblichkeit Covid-19 zugerechnet werden können, ist allerdings unklar.
22.06.2021	Das Zentrum für öffentliche Gesundheit der Ukraine gibt bekannt, dass mehr als zwei Millionen Menschen in der Ukraine gegen Covid-19 geimpft sind, davon 1,7 Mio. Menschen einfach und 350.000 Tausend Menschen zweifach (und damit voll immunisiert sind).

22.06.2021	Das Bildungsministerium teilt mit, dass bisher 303.000 Lehrkräfte, die zur Gruppe mit besonderer Impfpriorität zählen, gegen Covid-19 geimpft wurden.
23.06.2021	Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksyj Danylow, teilt mit, dass zwei Personen, die aus Russland in die Ukraine eingereist sind, mit der Delta-Variante des Coronavirus infiziert seien. Damit wird die besonders ansteckende Delta-Variante erstmals in der Ukraine nachgewiesen.
23.06.2021	Laut dem obersten Sanitätsarzt der Ukraine, Ihor Kusin, sollen im Juli insgesamt 7,7 Mio. Impfdosen gegen Covid-19 in der Ukraine eintreffen, was die weiterhin schleppende Impfkampagne deutlich beschleunigen könnte.
23.06.2021	Die Ukraine erwägt laut Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko die Einreisebestimmungen für Länder wie Indien, Russland, Großbritannien und Portugal, wo die Delta-Variante des Coronavirus besonders stark verbreitet ist, einzuschränken.
23.06.2021	In der Ukraine startet offiziell die vierte Etappe der Coronavirus-Impfungen. Diese umfasst Menschen über 60 Jahre, Gefangene und Mitarbeiter von Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten sowie Menschen im Alter von 18–59 Jahren mit chronischen Krankheiten.
25.06.2021	Mit 97.130 Impfungen gegen Covid-19 an einem Tag wird ein neuer Impfrekord in der Ukraine verzeichnet, berichtet das Gesundheitsministerium.
25.06.2021	Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine teilt mit, dass die Einreise für Touristen aus der Ukraine, die vollständig mit einem in der EU zugelassenen Impfstoff gegen Covid-19 geimpft sind, wieder möglich sei.
28.06.2021	Mit neun Covid-19-Toten in den vergangenen 24 Stunden verzeichnet die Ukraine den niedrigsten Wert seit 11 Monaten. Zuletzt wurden am 24. Juli 2020 so wenige Tote registriert. Mit 285 Neuinfektionen in den letzten 24 Stunden sind auch die Infektionszahlen aktuell niedrig. Alle Regionen des Landes gelten als »grüne« Zonen mit den geringsten Quarantäne-Beschränkungen.
01.07.2021	Einige europäische Staaten öffnen ihre Grenzen für vollständig gegen Covid-19 geimpfte Einreisende aus der Ukraine, darunter die Niederlande und Österreich.
01.07.2021	In der Ukraine beginnt die Testphase mit dem digitalen Covid-19-Impfzertifikat.
02.07.2021	Per Dekret des Ministerkabinetts verschärft die Ukraine die Einreisebedingungen für einige Länder, darunter Indien, Portugal, Großbritannien und Russland, in denen die Delta-Variante des Coronavirus besonders verbreitet ist. Reisende aus diesen Ländern müssen direkt bei der Einreise einen Antigen-Schnelltest durchführen und werden erst nach einem negativen Ergebnis in das Land gelassen. Dadurch soll die Ausbreitung der Delta-Variante in der Ukraine verhindert werden.
03.07.2021	Das polnische Gesundheitsministerium teilt mit, dass Polen im dritten Quartal der Ukraine 1,2 Mio. Impfdosen des AstraZeneca-Impfstoffs gegen Covid-19 bereitstellen wird.
05.07.2021	Die Ukraine lässt den Janssen-Impfstoff des Herstellers Johnson & Johnson für Notfälle zu. Nach AstraZeneca, Sinovac und Pfizer BioNTech ist es der vierte Impfstoff gegen das Coronavirus, der in der Ukraine zugelassen wird.
06.07.2021	Seit Beginn der Impfkampagne wurden in der Ukraine mehr als drei Millionen Menschen gegen Covid-19 geimpft, berichtet das Gesundheitsministerium. Davon wurden knapp eine Million Menschen zweifach geimpft und 2,1 Mio. Menschen zweifach.
08.07.2021	Laut Angaben des Finanzministeriums hat die Ukraine von Januar bis Juni 2021 insgesamt 26,3 Mrd. Hrywnja (ca. 800 Mio. Euro) zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ausgegeben. Mit 9,8 Mrd. Hrywnja wurde rund ein Drittel des Geldes für die stationäre medizinische Versorgung von Covid-19 Patienten ausgegeben. Für 9,3 Mrd. Hrywnja, rund ein weiteres Drittel, wurden Impfstoffe erworben. Bis Ende Juni 2021 wurden Verträge über die Lieferung von insgesamt 37,3 Millionen Dosen Impfstoffe unterzeichnet, darunter 20 Millionen Dosen des Impfstoffs von Pfizer BioNTech, zehn Millionen Dosen des Impfstoffs von Novavax, 5,3 Millionen Dosen des Impfstoffs von Sinovac Biotech und zwei Millionen Dosen des Impfstoffs von AstraZeneca. Bisher erhielt die Ukraine bisher knapp über 5 Mio. Dosen an Impfstoffen.
08.07.2021	Der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, teilt mit, dass es angesichts niedriger Covid-19-Infektionszahlen in der Ukraine keine politischen Gründe für Europa gebe, die Einreise aus der Ukraine weiterhin zu beschränken. Die Ukraine arbeite daher an der gegenseitigen Anerkennung der Impfzertifikate, so der Minister.
09.07.2021	Mit 114.660 Impfungen gegen Covid-19 an einem Tag wird laut dem Gesundheitsministerium ein neuer Rekord beim Impftempo erreicht. Aktuell gibt es in der Ukraine knapp 700 mobile Impfteams, 38 große Impfzentren sowie etwas mehr als 1.500 kleinere Impfstationen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

CHRONIK

11. Juni – 11. Juli 2021

11.06.2021	Die Ukraine und die UEFA einigen sich darauf, den Gruß »Den Helden Ruhm« auf den Trikots der ukrainischen Fußball-Nationalmannschaft zu überkleben. Die Trikots, auf denen auch der Umriss der Ukraine einschließlich der von Russland besetzten Krim zu sehen ist, hatte zuvor in Russland für Verärgerung gesorgt.
11.06.2021	Das Kyjiwer Internationale Institut für Soziologie veröffentlicht die Ergebnisse einer neuen Umfrage zur Präsidentschaftswahl. Dabei gaben 30,6 Prozent der Befragten an, den amtierenden Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wiederzuwählen, während 17,4 Prozent der Befragten für Ex-Präsident Petro Poroschenko stimmen würden.
12.06.2021	Die USA sagen der Ukraine den zweiten Teil der Militärhilfen im Umfang von 150 Mio. US-Dollar zu, darunter Artillerieaufklärungsradare, Systeme zur Erkennung von Drohnen und abhörsichere Kommunikationsausrüstung. Ein Gesetzentwurf des US-Senats von April 2021 sieht vor, die Militärhilfen auf rund 300 Mio. US-Dollar pro Jahr aufzustocken.
12.06.2021	Bei ihrem ersten Treffen am Rande des G7-Gipfels sprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Joe Biden auch über die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2. Zuletzt hatten die USA Sanktionen gegen Unternehmen, die am Bau beteiligt sind, auf Eis gelegt.
12.06.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Dekret über eine Strategie zur Entwicklung des Justizsystems und der Verfassungsgerichtsbarkeit. Diese sieht u. a. ein offenes Auswahlverfahren für Richter:innen am Verfassungsgerichtshof sowie eine Überprüfung von deren Integrität und Eignung unter Beteiligung internationaler Expert:innen vor.
13.06.2021	Die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft verliert bei ihrem Auftaktspiel der Europameisterschaft mit 2:3 gegen die Niederlande.
13.06.2021	Beim dreitägigen G7-Gipfel im britischen Cornwall kritisieren die Staats- und Regierungschef:innen Russland für sein destabilisierendes Verhalten. Sie fordern es auf, die Spannungen in der Ostukraine nicht zu verschärfen und seine Truppen aus dem Grenzgebiet zur Ukraine und von der Krim abzuziehen.
13.06.2021	In einem Interview mit der »Welt« zeigt sich der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba offen gegenüber finanziellen Entschädigungen für die Einnahmeverluste aus dem Ganstransit nach Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2.
14.06.2021	Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel bekräftigen die Mitgliedsstaaten, dass die Ukraine grundsätzlich Mitglied des Bündnisses werden kann und dass der Membership Action Plan (MAP) zentraler Bestandteil des Prozesses sein wird. Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte zuvor die Bedeutung einer klaren Beitrittsperspektive für die Ukraine hervorgehoben.
14.06.2021	Erstmalig wird gegen zwei ehemalige Berkut-Einsatzkräfte, die für die Erschießung von Demonstrant:innen bei den Maidan-Protesten 2014 verantwortlich sein sollen, eine Gefängnisstrafe verhängt. Ein Kyjiwer Bezirksgericht verurteilt die beiden Offiziere zu jeweils drei Jahren Haft und drei weiteren Jahren Berufsverbot wegen Machtmissbrauchs in Verbindung mit Gewalt.
15.06.2021	Die Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAPC) fordert das Ministerkabinett auf, die Ernennung von Jurij Witrenko zum Vorstandschef des staatlichen Energiekonzerns Naftohas zurückzunehmen und den Vertrag mit ihm zu kündigen. Der NAPC zufolge sei die Ernennung Witrenkos, der vorher Energieminister war, nicht mit der Antikorruptionsgesetzgebung konform gewesen. Das Gesetz verlangt, dass zwischen dem Ausscheiden aus einem politischen Amt mit Entscheidungsbefugnis über ein staatliches Unternehmen und dem Antritt einer Stelle bei ebendiesem Unternehmen mindestens ein Jahr vergehen muss. Im April 2021 hatte das Ministerkabinett trotz Kritik den früheren Vorstandschef Andrij Kobolew abgesetzt und durch Witrenko ersetzt.
15.06.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj legt sein Veto gegen einen Gesetzentwurf zur strafrechtlichen Verantwortung bei Falschangaben in Vermögensdeklarationen ein, dem die Werchowyna Rada am 3. Juni zugestimmt hatte. Grund dafür ist eine von der Fraktion »Diener des Volkes« eingefügte Änderung, die es Beamten erlauben würde, das Vermögen ihrer Verwandten nicht offenzulegen. Nachdem die strafrechtliche Verantwortung bei falschen Vermögenserklärungen im Oktober 2020 vom Verfassungsgericht gekippt worden war, wurde dazu im Dezember 2020 ein neues Gesetz verabschiedet, in dem allerdings mögliche Haftstrafen ausgelassen wurden. Diese sollten mit dem oben genannten Gesetzentwurf wiedereingeführt werden.
15.06.2021	Abgeordnete der Fraktionen »Europäische Solidarität«, »Stimme« und »Vaterland« reichen einen alternativen Gesetzentwurf zur De-Oligarchisierung im Parlament ein. Die Oppositionsfraktionen hatten zuvor den von Präsident Wolodymyr Selenskyj vorgelegten Gesetzentwurf kritisiert. Dabei wurde er von Vertreter:innen der »Stimme« als unzureichend bezeichnet, während Abgeordnete der »Europäischen Solidarität« darin einen Angriff auf Poroschenko als Selenskyjs größtem politischen Widersacher sahen.

15.06.2021	Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Steueramnestie-gesetz, das es Bürger:innen ermöglicht, im Zeitraum vom 1. September 2021 bis zum 1. September 2022 unbesteuerter Vermögenswerte freiwillig zu deklarieren und unter Vorbehalt einer einmaligen Nachzahlung Strafen wegen Steuerhinterziehung zu entgehen. Dabei werden die Quellen des deklarierten Vermögens nicht überprüft. Für die Nachzahlung sieht das Gesetz ermäßigte Steuersätze von 5 Prozent für in der Ukraine gehaltenes Vermögen, 9 Prozent für im Ausland gehaltenes Vermögen und 2,5 Prozent für Investitionen in ukrainische Staatsanleihen vor. Es gilt nicht für hohe Regierungsbeamte und Abgeordnete, die seit dem 1. Januar 2010 im Amt sind. Die Regierung erhofft sich davon nicht nur Einnahmen für den Staatshaushalt und einen Ausweg aus der Schattenwirtschaft für Unternehmen, sondern auch die Freigabe der nächsten Tranche von IWF-Krediten. Der IWF zeigte sich allerdings kritisch, da ähnliche Steueramnestien in anderen Ländern in der Vergangenheit nicht immer erfolgreich waren.
16.06.2021	Auf dem Treffen zwischen US-Präsident Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Genf unterstreicht Biden die anhaltende Unterstützung der USA für die Ukraine. Es werde keine Verhandlungen über die Souveränität und die territoriale Integrität des Landes geben. Zuletzt waren angesichts der Lockerungen der Sanktionen gegen Nord Stream 2 in der Ukraine die Befürchtungen gewachsen, der Westen könnte auf Kosten der Ukraine einen Kompromiss mit dem Kreml eingehen.
16.06.2021	Nach anhaltendem Streit innerhalb der Fraktion »Stimme« spaltet sich eine Gruppe Abgeordneter ab und gründet unter dem Namen »Gerechtigkeit« eine neue Fraktion. Sie werfen der Partei- und Fraktionspitze vor, sich von den Prinzipien der Partei abgewendet zu haben. In einer Erklärung beschuldigen sie unter anderem die Parteivorsitzende Kira Rudyk, mehr als die Hälfte der Parlamentssitzungen versäumt zu haben und ihre Macht innerhalb der Partei auszuweiten.
17.06.2021	Bei ihrem zweiten Vorrundenspiel der EURO 2020 gewinnt die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft mit 2:1 gegen Außenseiter Nordmazedonien. Die Tore schießen Andrij Jarmolenko und Roman Jaremtschnik, die beide auch schon im Spiel gegen die Niederlande getroffen hatten.
17.06.2021	Ministerpräsident Denys Schmyhal reicht beim Kyjiwer Bezirksverwaltungsgericht Klage gegen die Anordnung der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (NAPC) ein, den Vorstandschef von Naftohas, Jurij Witrenko, zu entlassen. Die NAPC hatte angeordnet, die Ernennung des ehemaligen Energieministers zurückzunehmen, da diese nicht mit der Antikorruptionsgesetzgebung konform gewesen sei.
18.06.2021	Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine (RNBO) beschließt Sanktionen gegen den Oligarchen Dmytro Firtasch in Zusammenhang mit seiner Beteiligung am Geschäft mit Titan, das an russische Rüstungsunternehmen ausgeliefert wurde. Außerdem wird Pawlo Fuks in Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bei Golden Derrick mit Sanktionen belegt. Die Sanktionen umfassen wahrscheinlich das Einfrieren von Vermögenswerten und Bankkonten.
18.06.2021	Eine Petition für die Entlassung des stellvertretenden Leiters des Präsidentenbüros, Oleh Tatarow, erreicht die nötigen 25.000 Unterschriften. Somit ist Präsident Wolodymyr Selenskyj zu einer Stellungnahme verpflichtet. Der Leiter des Antikorruptions-Aktionszentrums, Witalij Schabunin, hatte die Petition gestartet, nachdem bekannt geworden war, dass Korruptionsermittlungen gegen Tatarow von der Generalstaatsanwaltschaft behindert wurden.
18.06.2021	Das Kyjiwer Bezirksverwaltungsgericht setzt die Anordnung der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (NAPC), den Vorstandschef von Naftohas, Jurij Witrenko, zu entlassen, aus, bis über den Fall entschieden wird. Erst am Vortag hatte Ministerpräsident Denys Schmyhal Klage gegen die Anordnung eingereicht. Gegen den vorsitzenden Richter, Pawlo Wowk, gibt es zahlreiche Korruptionsvorwürfe.
19.06.2021	Das Weiße Haus dementiert Berichte, nach denen die USA ein Militärhilfepaket für die Ukraine hinauszögerten. Die US-amerikanische Zeitung »Politico« hatte am Vortag berichtet, der Nationale Sicherheitsrat habe ein Militärhilfepaket im Wert von 100 Mio. US-Dollar, das als Antwort auf die russischen Truppenbewegungen entlang der ukrainischen Grenze gedacht war, vorübergehend gestoppt.
21.06.2021	Beim dritten Vorrundenspiel der EURO 2020 verliert die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft mit 0:1 gegen Österreich, hat aber noch eine Chance als eines der vier besten Gruppendritten weiterzukommen.
21.06.2021	Großbritannien sagt der Ukraine Unterstützung beim Aufbau ihrer Marine zu. Es wird die Ukraine mit zwei Schiffen der Sandown-Klasse ausstatten sowie dabei helfen, Patrouillenboote zu bauen, alte Werften wiederaufzubauen und zwei neue Marinestützpunkte im Schwarzen und im Asowschen Meer zu aufzubauen. Die Vereinbarungen werden in einem Memorandum festgehalten, das vom britischen Verteidigungsminister Jeremy Quin und vom ukrainischen stellvertretenden Verteidigungsminister Oleksandr Myronjuk an Bord des britischen Zerstörers »HMS Defender« in Odesa unterzeichnet wird.

22.06.2021	Anlässlich des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion telefoniert Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Merkel habe in den Gespräch betont, dass »die von Deutschen begangenen Verbrechen, durch die viele Millionen Menschen in der Ukraine sowie in Russland, in Belarus und in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ihr Leben verloren, nie vergessen würden«, teilt der Sprecher der Bundesregierung Steffen Seibert mit. Das Büro des ukrainischen Präsidenten Selenskyj gibt außerdem bekannt, Merkel habe ihn zu einem Besuch am 12. Juli nach Berlin eingeladen, um bilaterale Fragen sowie den Konflikt in der Ostukraine zu besprechen.
22.06.2021	Auf dem Forum »Ukraine 30. Gesunde Ukraine« stellt Präsident Wolodymyr Selenskyj sein neues Programm »Gesunde Ukraine« vor. Ziel sei es, die Lebenserwartung der Ukrainer:innen zu erhöhen. Mit einer Lebenserwartung von 71,8 Jahren liegt die Ukraine im europäischen Vergleich in der Schlussgruppe. Das Programm beinhaltet u. a. neue Speisepläne in Schulen, Förderungen im Sportbereich und digitale Angebote.
23.06.2021	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass ein britisches Kriegsschiff nahe der Halbinsel Krim in »russische Hoheitsgewässer« eingedrungen sei, woraufhin von russischer Seite Warnschüsse abgegeben worden seien. Dagegen erklärt das britische Verteidigungsministerium, die HMS Defender habe sich auf einer harmlosen Durchfahrt durch ukrainische Gewässer befunden und es seien keine Schüsse auf sie gerichtet gewesen. Ein BBC-Bericht von Bord des Schiffes legt nahe, dass es sich um eine gefährliche Konfrontation gehandelt hat, bei der mehrere russische Flugzeuge und Schiffe im Einsatz waren. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba fordert eine neue Kooperation der NATO mit der Ukraine im Schwarzen Meer.
23.06.2021	Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) verabschiedet eine Resolution, in der sie die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen Krimtatar:innen auf der von Russland besetzten Krim anerkennt und verurteilt. Die russischen Behörden werden aufgefordert, Menschenrechtsverletzungen aufzuklären und insbesondere die Überführung Inhaftierter in Russisches Hoheitsgebiet zu beenden. Außerdem soll das Verbot gegen krimtatarische Medien aufgehoben und die Arbeit des Medschlis wiederaufgenommen werden.
24.06.2021	Investigative Journalist:innen veröffentlichen in Nowosti Donbassa eine Recherche zu den neuen Oligarchen der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk, Dmytro Jehurnow und Ihor Andrijew. Dank guter Beziehungen zum Anführer der DNR, Denis Puschilin, konnte Jehurnow mit seinem Unternehmen »Majster-Torh« im Lebensmittelgeschäft große Gewinne erzielen. Ihor Andrijew sei mit seiner Marke »Herkules« in der gleichen Branche erfolgreich. Gegen beide Unternehmer laufen in der Ukraine Strafverfahren wegen Terrorismusfinanzierung, die aber noch nicht abgeschlossen sind.
24.06.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Dekret über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine (RNBO) vom 18. Juni, für drei Jahre Sanktionen gegen 55 Banken und 3 Personen zu verhängen. Die Sanktionen richten sich gegen Banken, die in Russland und in den besetzten Gebieten im Donbas ansässig sind und beinhalten u. a. die Sperrung von Vermögenswerten sowie das Verbot der Kreditaufnahme und des Ankaufs von Wertpapieren.
24.06.2021	Einer neuen Umfrage des Rasumkow-Zentrums zufolge würde die Partei »Diener des Volkes« nach wie vor die Mehrheit der Stimmen bekommen, wenn jetzt Parlamentswahlen wären. 28 Prozent der Befragten gaben an, für die Regierungspartei zu stimmen, 19 Prozent für »Europäische Solidarität«, 15 Prozent für »Oppositionsplattform – für das Leben«, 9 Prozent für »Vaterland« und 6 Prozent für die Partei »Stärke und Ehre«. Die weiteren Parteien lägen unter der Fünf-Prozent-Hürde, wobei die von dem Sänger Swjatoslaw Wakartschuk gegründete »Stimme« nur noch auf 1 Prozent der Stimmen käme.
27.06.2021	Premierminister Denys Schmyhal kündigt Fortschritte bei der Integration in den europäischen Markt im Rahmen des ACAA-Abkommens mit der Europäischen Union an. Man plane, innerhalb der nächsten Jahre ein »visa-freies Regime« in fünf Sektoren zu erreichen, nämlich in Industrie, Luftverkehr, Zoll, Energie und Digitalmarkt.
28.06.2021	Im Schwarzen Meer beginnt das von den USA und der Ukraine geführte Militärmanöver »Sea Breeze«, das mit mehr als 30 teilnehmenden Staaten, darunter vielen NATO-Mitgliedsstaaten, das größte seit 20 Jahren sein wird. Nach dem Vorfall mit dem britischen Kriegsschiff HMS Defender, auf das Russland Warnschüsse abgegeben haben soll, war die Lage im Schwarzen Meer zuletzt angespannt.
28.06.2021	In Kyjiw finden die Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestags der Verabschiedung der ukrainischen Verfassung statt. Schweden hat drei Kopien des Verfassungsentwurfs von Pylyp Orlyk aus dem Jahr 1710, das auf dem Gebiet der heutigen Ukraine als erstes offizielles Dokument ein Regierungssystem mit Legislative, Exekutive und Judikative etablierte, nach Kyjiw geschickt. Präsident Selenskyj kündigt an, zum 30. Jahrestag der Verfassung das Original aus Schweden nach Kyjiw bringen zu wollen.
29.06.2021	Die Werchowna Rada nimmt Änderungen an dem Gesetz über das Gerichtswesen und den Status von Richtern an, nach denen die Oberste Qualifikationskommission der Richter unter Beteiligung internationaler Expert:innen neu besetzt werden soll. NGOs und Aktivist:innen hatten zuletzt die Änderungen an dem Gesetz gefordert, das in der vorherigen Version einen Rückschritt für die Justizreform dargestellt hätte. Die Oberste Qualifikationskommission ist für die Auswahl der Kandidat:innen für das Richter:innenamt zuständig.

29.06.2021	Die Werchowna Rada nimmt das Gesetz zur strafrechtlichen Verantwortung bei Falschangaben in Vermögensdeklarationen mit den Änderungen von Präsident Wolodymyr Selenskyj an. Dieser hatte zuvor sein Veto eingelegt, weil eine von der Fraktion »Diener des Volkes« eingebrachte Änderung ermöglicht hätte, das Vermögen auf Verwandte zu übertragen. Die nun verabschiedete Fassung schließt diese Gesetzeslücke.
29.06.2021	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) rechnet im laufenden Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent in der Ukraine. Als Risiken gelten das niedrige Reformtempo und sowie die schleppende Impfkampagne gegen Covid-19.
30.06.2021	Die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft gewinnt das Achtelfinalspiel der EURO 2020 mit 2:1 gegen Schweden und zieht ins Viertelfinale ein. Das entscheidende Tor erzielte in den letzten Sekunden der Verlängerung Artem Dowbyk. Die Mannschaft hatte zuvor mit Hilfe von Schweden als eine von vier Gruppendritten das Achtelfinale erreicht.
01.07.2021	In der Ukraine beginnt der Verkauf landwirtschaftlicher Flächen. Zuvor waren im März mit der Annahme des Gesetzentwurfs zur Bodenmarktreform durch die Werchowna Rada die rechtlichen Voraussetzungen für die regulierte Öffnung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes geschaffen worden. Die Bodenmarktreform gilt als Grundstein für die Reformierung und Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors.
01.07.2021	Die Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAPC) fordert die Vorsitzende des Aufsichtsrats von Naftohas, Clare Spottiswoode, auf, den Vorstandsvorsitzenden von Naftohas, Jurij Witrenko, zu entlassen. Zuvor hatte die NAPC die Entlassung beim Ministerkabinett angeordnet.
01.07.2021	Die Werchowna Rada verabschiedet in erster Lesung das Gesetz zur De-Oligarchisierung. Die mit dem Gesetz definierten Oligarchen sollen in Zukunft in ein Register aufgenommen werden, aus dem eine Reihe von Einschränkungen wie das Verbot der Unterstützung politischer Parteien oder die Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommenserklärung hervorgehen.
01.07.2021	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz, das die Strafverfolgung bei häuslicher und geschlechterspezifischer Gewalt regelt. Das Gesetz sieht auch das Recht der Opfer auf Schadensersatz für die materiellen und immateriellen Folgen von häuslicher Gewalt vor.
02.07.2021	Das ukrainische Verteidigungsministerium gerät in die Kritik, weil es bei einer geplanten Militärparade Soldatinnen in Pumps statt in Kampfstiefeln marschieren lassen will. Die stellvertretende Parlamentspräsidentin Olena Kondratjuk fordert die Behörden auf, sich öffentlich »für diese Demütigung« von Frauen zu entschuldigen. In der ukrainischen Armee gibt es mehr als 31.000 Frauen, darunter mehr als 4.100 Offizierinnen.
03.07.2021	Die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft verliert im Viertelfinale der Europameisterschaft mit 0:4 gegen England und scheidet aus dem Turnier aus.
05.07.2021	Das Verwaltungsgericht Kyjiw befasst sich erneut mit der Anordnung der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (NAPC), den Vorstandsvorsitzenden von Naftohas, Jurij Witrenko, zu entlassen. Es entscheidet, die Anordnung weiterhin auszusetzen, bis über den Fall geurteilt wird.
05.07.2021	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie glaubt die Mehrheit (56,4 Prozent) der Ukrainer:innen, dass das Gesetz zur De-Oligarchisierung keine Bedrohung für die Oligarchen darstellen wird.
06.07.2021	Die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verabschiedet eine von der Ukraine initiierte Resolution, in der die Besatzung der Halbinsel Krim und Teile der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk durch Russland verurteilt wird. Das gab der Leiter der ukrainischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Mykyta Poturajew, bekannt.
06.07.2021	In einer Antwort auf die vom Antikorruptions-Aktionszentrum gestartete Petition für die Entlassung des umstrittenen stellvertretenden Leiters des Präsidentenbüros, Oleh Tatarow, sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj, er werde diesen nicht entlassen. Laut Verfassung könne niemand gezwungen werden, etwas zu tun, was nicht gesetzlich vorgeschrieben sei, heißt es weiter. Tatarow steht unter Korruptionsverdacht.
07.07.2021	Im Rahmen eines Amtsbesuchs trifft der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den litauischen Präsidenten Gitanas Nauseda in Vilnius.
07.07.2021	Die Außenminister der Länder des Lubliner Dreiecks, Ukraine, Litauen und Polen, unterzeichnen drei Dokumente, darunter eines zur Unterstützung der Mitgliedschaft der Ukraine in EU und NATO. Das zweite Dokument enthält einen Plan für die Entwicklung des Lubliner Dreiecks einschließlich Fragen der Wirtschaft und der Sicherheit. Das dritte ist ein Maßnahmenplan zur gemeinsamen Bekämpfung russischer Desinformation.
07.07.2021	Die US-amerikanische Sicherheitsbehörde Federal Bureau of Investigation (FBI) und das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) erneuern ihr Memorandum of Understanding, gibt die US-Botschaft in Kyjiw bekannt. Damit wird die Zusammenarbeit in Fällen, die für beide Länder relevant sind, fortgesetzt.

07.07.2021	Die Spionageabwehr des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) enttarnt eine Gruppe von Unternehmen in der Stadt Dnipro, die illegal militärische Güter nach Russland geliefert haben sollen. Nach Angaben des SBU hatten sie mehrere Ausschreibungen des russischen Innenministeriums und Inlandsgeheimdienstes gewonnen. Quellen der Strafverfolgungsbehörden zufolge handelt es sich um die Unternehmensgruppe ICTA, deren Hochleistungsakkumulatoren in russischen gepanzerten Fahrzeugen verbaut wurden.
08.07.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj legt sein Veto gegen das Gesetz über das Gerichtswesen und den Status von Richtern ein. Das Gesetz, das am 29. Juni 2021 von der Werchowna Rada verabschiedet worden war, soll die Hohe Qualifikationskommission der Richter (HQCJ) reformieren und die Beteiligung internationaler Expert:innen an der Auswahl von Kandidat:innen für das Richter:innenamt sichern. Dem Gesetz wurden jedoch durch Änderungsanträge widersprüchliche Klauseln hinzugefügt: Während eine Änderung internationalen Expert:innen eine entscheidende Rolle zugesteht, legt eine andere das Gegenteil fest.
08.07.2021	Das Bezirksgerichts Petscherskyj in Kyjiw verlängert den Hausarrest gegen den pro-russischen Politiker und Oligarchen Wiktor Medwedtschuk bis zum 7. September. Ihm wird unter anderem Hochverrat vorgeworfen.
09.07.2021	Die Ukraine und der Internationale Währungsfonds (IWF) erzielen einen Kompromiss bzgl. der Reformen zur Korruptionsbekämpfung und der Unternehmensführung sowie der Unabhängigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU). Der IWF erkenne die Fortschritte der Ukraine an, teilte das ukrainische Finanzministerium mit. Im letzten Monat hatte das ukrainische Parlament mehrere Reformgesetze gebilligt, die für eine Kreditvergabe durch den IWF erforderlich sind.
11.07.2021	Bei seinem ersten Treffen im Rahmen des Amtsbesuchs von Präsident Wolodymyr Selenskyj in Deutschland kommt er mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der CDU, Armin Laschet, zusammen. Die Gesprächsthemen umfassen die Sicherheitslage in der Ostukraine, die Gaspipeline Nord Stream 2 und die Pandemiebekämpfung.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autoreniindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.